

15

Bonn, Montag 9. Oktober 1967

Sprecher: Amrehn, Barzel, [Dufhues], Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, [Heck], Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Röder, Schmücker, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. Aktionsprogramm. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zu Beginn dieser Sitzung unseres heimgegangenen Bundesschatzmeisters, unseres Parteifreundes Hans-Christoph Seebohm¹, gedenken. Hans-Christoph Seebohm ist im Jahre 1960 der Christlich-DEMokratischen Union beigetreten. Er war Mitglied der Deutschen Partei in Niedersachsen; er war dort im Landtag und Minister und wurde, nachdem er auch im Parlamentarischen Rat tätig gewesen war, 1949 Verkehrsminister. Er ist es geblieben bis zur Neubildung der Regierung im letzten Jahr.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie schmerzlich für mich die Notwendigkeit war, aus fraktionspolitischen Gründen auf seine bewährte und bedeutende Mitarbeit im neuen Kabinett zu verzichten. Um so froher war ich deshalb, daß es gelang, diesen bedeutenden Mann in das Parteipräsidium zu bringen, da er sich bereit erklärte, das wichtige Amt des Bundesschatzmeisters anzunehmen.

Über Hans-Christoph Seebohm etwas Rechtes und Gerechtes auszusagen, ist nicht sehr leicht. Er hat ein reiches und bedeutendes berufliches Schaffen, das gewürdigt werden müßte neben seiner politischen Tätigkeit. Hans-Christoph Seebohm gehörte zu jenen Kräften unserer Partei, die aus einer betont nationalen Überzeugung und Tradition deutsche Politik gestalten wollten. National sage ich, nicht nationalistisch. Ich nehme den Heimgegangenen damit in Schutz gegen viele Vorwürfe, die er im Laufe seines politischen Lebens hat hinnehmen müssen.

Erstens nehme ich ihn in Schutz deswegen, weil leider der Gedanke der Nation und die Verpflichtung gegenüber der Nation in diesem Volk bei manchen Schichten beinahe schon etwas Fragwürdiges erhalten hat.

Zweitens: Wenn man immer wieder sagen durfte in den vergangenen Jahren, daß unsere Heimatvertriebenen und Flüchtlinge genau das nicht geworden sind, was sie durch das Schicksal, das sie erfuhren, hätten werden können, nämlich ein Herd nationalistischer Unruhe, dann haben doch gerade die Männer, die für uns tätig waren in diesem weiten Kreis von Menschen, ein großes Verdienst dadurch. Ich habe das immer wieder

¹ Seebohm war am 17. September verstorben.

in kritischen Stunden auch Ausländern sagen können; einmal in einer großen Rede im Europarat², und ich habe immer wieder Verständnis dafür gefunden. Wenn gelegentlich in einer seiner Reden Formulierungen vorkamen, die Aufsehen erregt haben, dann muß man das eben auch aus der Situation heraus begreifen, den Mann aber muß man in der Stetigkeit und Konsequenz seines politischen Wirkens sehen. Er war ohne jeden Zweifel ein bedeutender Verkehrsminister. Er hat eine große Leistung hinterlassen und ein bedeutendes Erbe.

Wenn heute etwa im Leber-Plan³, der zweifellos seine großen Verdienste hat, viel Gutes gesehen werden darf, dann dürfen wir sagen, daß manches, was in diesem Plan steckt, schon aus dem Denken und der Arbeit von Hans-Christoph Seebohm stammt. Ich glaube, daß es eine große Bereicherung war, als dieser Mann im Jahre 1960 zu uns stieß; denn er kam nicht allein. Er brachte vieles, besonders aus dem niedersächsischen Raum, mit ein, und er hat sich redlich bemüht, ein aufrichtiger und guter Mann der Christlich-Demokratischen Union zu sein. Dafür sind wir ihm zu tiefem Dank und Respekt verpflichtet. Sie haben sich zu seinen Ehren erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich stehe nun vor der Notwendigkeit, zweimal heute, im Bundesvorstand und dann im Bundesparteiausschuß, zu sprechen. Es gibt vieles, worüber wir miteinander sprechen müssen. Ich will nun nicht einfach so vorgehen, daß ich in diesem Kreis dasselbe sagen wie im Parteiausschuß. Ich werde es im Parteiausschuß etwas breiter darstellen und mich hier in diesem Kreis auf eine Auswahl von Themen beschränken und auch etwas mehr – wenn Sie mir das erlauben – im Telegrammstil sprechen, damit wir Zeit zur Aussprache haben.

BERICHT ZUR LAGE. AKTIONSPROGRAMM

Erster Punkt: Lage der Partei in der Großen Koalition. Dazu nur wenige Sätze! Sie kennen den Anfang. Sie wissen, daß im letzten Herbst nur die Alternative bestand, diese Koalition zu gründen oder in die Opposition zu gehen, und daß es eine lange Zeit sehr nahe daran war, daß eine Koalition zwischen der SPD und der FDP, die sogenannte Mini-Koalition zustande kam. Diejenigen, die sich damals intensiv in die Verhandlungen eingeschaltet hatten, wissen das. Ich bin davon überzeugt, wenn es zu dieser kleinen Koalition zwischen SPD und FDP gekommen wäre, wären die Dinge schlimm gelaufen. Diejenigen unter uns, die z. B. in der Frage der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik Sorgen haben, sollten bedenken, welchen Weg diese Politik wohl genommen hätte, wenn die SPD und die FDP – die ja uns immer wieder mahnte, sehr viel weiterzugehen,

² Am 30. April 1957 bei der „Assemblée des Nations Captives d'Europe. Troisième Session spéciale“ (ACDP 01–226–701). Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 2. Mai 1957.

³ Das „Verkehrspolitische Programm für die Jahre 1968–1972“ wurde erstmals in der 155. Sitzung des Bundestags am 13. Februar 1968 (vgl. Sten.Ber. S. 7946–8009, Drs. V/2494 vom 5. Februar 1968) beraten und sah u. a. vor, den Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Übrig blieb das Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs vom 28. Dezember 1968, BGBl 1968 I S. 1461.

sehr viel entschlußkräftiger auf diesen beiden Gebieten zu werden – zusammengegangenen wären. Während wir in dieser Koalition die Kräfte der SPD an uns gebunden und engagiert haben, die eben einen behutsamen Kurs in der Deutschland- und Ostpolitik – nehmt alles nur in allem – wollen, hätte die Koalition SPD/FDP ohne jeden Zweifel zu einem Bündnis der Landtage auf beiden Seiten geführt. Das ist zunächst ein wichtiger Ausgangspunkt; denn wir müssen uns ja immer wieder daran erinnern, daß wir mit Wasser kochen müssen und uns mit den Realitäten auseinanderzusetzen haben.

Zur Lage der Partei! Sie wissen, wie es stand. Es galt, die Partei wieder, auch in der öffentlichen Meinung, zur Geltung zu bringen; das ist inzwischen gelungen bis zu den Bremer Wahlen. Man hat zwar in Bremen für die CDU ein wenig mehr Erfolg erhofft. Ich weiß es nicht. Wo ich in Bremen bei meinen Besuchen gesprochen habe, hat die CDU 3,5 und 2,9% zugenommen – das ist ja auch eine nicht ungünstige Feststellung –, nämlich in Vegesack und in Bremerhaven.⁴ Man hat dort die Gefahr der NPD bei unseren Freunden nicht gesehen. Als ich mich danach erkundigte, sagte man mir, wir haben diesen Thielen⁵, der hat die NPD endgültig hier unmöglich gemacht, mit der brauchen wir nicht zu rechnen. Das tut mir leid, ich hätte sonst in meiner Rede etwas anders gesprochen. Man sieht also, wie man sich verrechnen kann.

Man hat auch die Schlagkraft der Bremer FDP ein wenig unterschätzt, und zwar ihrer führenden Leute, aber das Ergebnis war ja so, daß nicht wir uns hektisch aufzuregen brauchten, sondern die SPD. Was da in Bremen jetzt vor sich geht, nämlich die Abhalterung von Herrn Dehnkamp⁶ usw., ist dafür bezeichnend. Wie man in den Kreisen der SPD die Bremer Wahl wertet, ist außerordentlich bezeichnend, aber auch ein wenig beunruhigend. Ich persönlich analysiere diese Wahl sehr ruhig. Die Ergebnisse scheinen mir zu einem großen Teil auf die Bremer Verhältnisse zurückzuführen zu sein, kaum aber auf bundespolitische Dinge, wenn man dem allgemeinen Trend folgt, der bei jeder Landtagswahl eine Rolle spielt. Sie wissen, wir haben in der Zwischenzeit nach den demoskopischen Untersuchungen ein wenig Federn lassen müssen, sie aber wieder aufge-

4 Bürgerschaftswahl am 1. Oktober 1967: CDU 29,5% (1963: 28,9%), SPD 46% (54,7%), FDP 10,5% (8,4%), NPD 8,8%, DFU 4,25%, DP 0,9%. Ergebnis Bremerhaven: CDU 21.858 Stimmen (30,3%), SPD 35.868 Stimmen (49,7%); FDP 5.993 Stimmen (8,3%); DFU 2.204 Stimmen (3,1%); DP 610 Stimmen (0,9%) NPD 5.667 Stimmen (7,9%); im Stadtteil Vegesack erhielt die SPD 9.883 Stimmen (= 49,6%), die CDU 5.752 Stimmen (= 28,9%), die FDP 1.711 Stimmen (= 8,6%), die NPD 1.539 Stimmen (= 7,7%). Zahlen für kreisfreie Stadt Bremerhaven und Stadtteil Vegesack (Teil von Stadtbezirk West der Stadt Bremen) errechnet nach Statistisches Landesamt Bremen (Hg.): Statistisches Handbuch Land Freie Hansestadt Bremen 1965 bis 1969. Bremen 1971 S. 66f.

5 Friedrich Thielen (1916–1993), 1964–1967 Vorsitzender der NPD.

6 Willy Dehnkamp (1903–1985), Schlosser; 1920 SPD, 1928–1933 Parteisekretär im Bremer Unterbezirk Vegesack-Blumenthal-Osterholz, 1934–1936 Haft, 1948 Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, 1951–1967 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1951–1965 Senator für das Bildungswesen, 1965–1967 Senatspräsident und Bürgermeister.

holt.⁷ Ich bin ganz sicher, daß wir bei den kommenden Wahlen nicht schlecht abschneiden werden. Im übrigen wissen wir ja auch, daß seit 1949 die CDU vor den Bundestagswahlen in den letzten 1½ Jahren immer ein wenig unterhalb der SPD lag. Daß dieses gewaltige Ergebnis, das wir einmal hatten, nämlich 41% SPD und 49% CDU, für die Große Koalition eine ungeheure Belastungsprobe darstellte, brauche ich nicht zu sagen. Aufgrund der gewonnenen Landtagswahlen ist der gegenwärtige Stand der Bundesversammlung folgendermaßen: CDU 480 Sitze, SPD 457 Sitze, FDP 83 Sitze, NPD 15 Sitze. Das bedeutet natürlich, daß SPD und FDP jederzeit zusammen über den Kandidaten entscheiden könnten. (*Kohl*: Stimmen die Zahlen?) Ja, das sind die neuesten Zahlen. (*Klepsch*: Die 15 waren schon vor der Wahl in Bremen vorhanden. Es müßten mehr sein!) Das ist ja nicht so wichtig. In Bremen haben wir einen Sitz mehr bekommen. Ich habe das ja nur als Beispiel gesagt. Also, mit anderen Worten, wir können sagen, daß wir die Partei selber wieder in eine normale Situation haben führen können in diesen vergangenen zehn Monaten.

Die Große Koalition selbst ist natürlich – ich kann es nur immer wieder sagen – eine äußerst schwierig zu handhabende Sache, weil die beiden großen Parteien sich ja nicht selbst aufgegeben haben, weil sie geblieben sind, was sie sind, so daß die Entwicklung eines geschlossenen gemeinsamen politischen Programms sehr schwer ist. Nun konnten wir, weil wir in eine bereits begonnene Legislaturperiode eingestiegen sind, uns sagen: Wir beschränken uns auf bestimmte große Aufgaben, wie ich sie in der Regierungserklärung umrissen habe. Auf dem Gebiete der Außenpolitik war man sich von Anfang an verhältnismäßig einig. Innenpolitisch war es sehr viel schwieriger. Der Verlauf der Verhandlungen über die Mittelfristige Finanzplanung hat das sehr deutlich gezeigt. Im Finanzkabinett, dem ich ja selbst vorsaß, hatten wir eine sehr einfache und klare Entscheidung getroffen, nämlich 1% Mehrwertsteuer und sonst Einsparungen. Aber das ließe sich in der Großen Koalition nicht durchsetzen. Es ließe sich vor allen Dingen das nicht durchsetzen, was viele Kreise in der Wirtschaft erwartet hatten, die berühmte Reform der Sozialrente, die unmittelbare Einführung der Nettolohnbezogenheit, über die in unseren eigenen Reihen sehr verschiedene Auffassungen bestehen. Aber eines ist festzuhalten, eine Entscheidung in dieser Frage ist noch nicht gefallen, d. h. der Auftrag, der in der Regierungserklärung formuliert ist, daß wir am Prinzip der dynamischen Rente festhalten, den gegenwärtigen Besitzstand auch nicht einfrieren lassen wollen, daß aber die Zuwachsrate überprüft werden muß. Dieser Auftrag besteht noch.

Ich habe vor kurzem in einer etwas zähen Diskussion im Kabinett – wie meine Kabinettskollegen wissen – das sehr klar herausgearbeitet, ohne daß sich ein Widerspruch erhoben hätte. Das ist also noch eine Aufgabe, die vor uns liegt. Ich sage das deswegen, weil wir ja nicht wissen können, wie die Dinge im Jahre 1969 sein werden. Wir können

⁷ Die CDU/CSU erzielte bei der Bundestagswahl 1965 47,6%. Im April/Mai 1966 betrug die Zustimmung zur Union in den Umfragen zwischen 46 und 48%, sank aber im September 1966 auf 38% und stieg im Mai 1967 auf 49%; im Juli betrug der Wert 44%. Vgl. JAHRBUCH 1965–1967 Tabelle nach S. 198.

im Jahre 1969 vor dem Zwang stehen, diese Koalition fortzusetzen, je nach dem Ausgang der Wahl. (*Barzel*: Möglichst nicht!) Ja, ich sage gerade: Der Zwang besteht dann, diese Koalition fortzusetzen. Die Frage, was dann, ist sehr schwierig. Denn es ginge dann um vier Jahre. Dem könnte man nicht mehr ausweichen, auch ein geschlossenes innenpolitisches Programm zu entwerfen, gar nicht zu reden von den Schwierigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Außenpolitik und der deutschen Politik ergeben haben und die zweifellos sehr viel stärker steigen würden.

Der Kanzler, der eine solche Koalition zusammenzuhalten hat, hat wesentlich andere Aufgaben als ein Kanzler, der mit einer großen Partei, die eine kleine Partei mitnimmt, zu regieren hat. Wie schwierig sogar der kleine Partner sein kann, haben wir in mehreren Krisen, nicht zuletzt in der Krise, die zur Großen Koalition geführt hat, gesehen. Das liegt z. T. an den Persönlichkeiten. Man hat eben nicht nur mit klaren und verlässlichen Leuten zu tun, die auch selbst ganz genau wissen, was sie wollen, sondern auch mit schwierigen und weniger schwierigen Menschen. Die Schwierigkeit liegt auch nicht so sehr in der Führungsgruppe – vor allen Dingen im Kabinett –, sondern vielmehr in den Parteien selbst. In jeder der beiden großen Parteien gibt es Leute, die sich nicht an die Tatsache der Großen Koalition gewöhnen können, die immer wieder – auch mit vorgehaltener Hand – Schwierigkeiten hervorrufen.

In der Bevölkerung – *cum grano salis* – ist es so, daß die Große Koalition von Anfang an auf weit größere Zustimmung bei den Anhängern der CDU gestoßen ist, nämlich 90%, dann zwischen 80 und 90% variierend, während die SPD etwa 10% unter der CDU lag. Das ist auch eine wichtige Feststellung. Wir müssen nämlich wissen, wie unsere Leute draußen denken. Das bedeutet ganz einfach, daß unsere Wähler von uns erwarten, daß diese Große Koalition für uns nicht nur ein akzeptiertes notwendiges Übel ist, sondern daß wir daraus das Beste zu machen haben.

Die erste heftige Kritik haben wir erlebt im Zusammenhang mit der Mittelfristigen Finanzplanung, nicht mit der Konjunkturpolitik, paradoxerweise, denn die Konjunkturpolitik ist das, was im Prinzip durchaus problematischer sein könnte. Bei der Mittelfristigen Finanzplanung war es eine Chance für die „vierte Partei“⁸, diese Regierung, vor allem aber den Bundeskanzler, zu attackieren. Ich darf in diesem Kreis einmal auf die paradoxe Situation hinweisen. Das hat sich vor kurzem bei einer stundenlangen Diskussion über unsere Außenpolitik und Deutschlandpolitik gezeigt.⁹ Wir waren uns von den Koalitionsfraktionen eigentlich völlig einig – auch der Vertreter der FDP-Fraktion hat zugestimmt – mit Ausnahme eines Mannes, der aber sofort von seinen eigenen Partei-

8 Gemeint sind Kreise im außerparlamentarischen Raum und in der Publizistik, die für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze plädierten („Anerkennungspartei“). Zusammenfassung des Medienechos auf diese Formulierung der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 15. Oktober 1967 in ACDP Dokumentation Personenarchiv Kiesinger. Vgl. auch SCHMOECKEL/KAISER S. 158 f.; KROEGEL S. 184–187.

9 Am 5. Oktober hatte eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags stattgefunden, bei der es eine intensive Debatte zum Atomsperrvertrag gab. – Kiesinger äußerte sich zur Diskussion in einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 11. Oktober 1967, vgl. DZD V/1 S. 1795–1797.

freunden sehr schroff zurückgewiesen worden ist.¹⁰ Während man sich hier also im großen und ganzen einig war, haben wir in der deutschen Publizistik eine große und mächtige, jedoch im Bundestag fast nicht, sondern nur durch einzelne Repräsentanten vertretene, repräsentierte Macht, die von der „Süddeutschen Zeitung“ über die „Frankfurter Rundschau“, den „Kölner Stadt-Anzeiger“, die „Zeit“, den „Stern“, den „Spiegel“ usw. reicht.

Ich kann diese Partei, um einen Arbeitstitel zu verwenden, nur die „Anerkennungspartei“ nennen; sie ist identisch mit der Partei der Mini-Koalition aus SPD und FDP. Sie können ganz genau feststellen – ich lasse gerade eine Studie machen –, daß diese Blätter bei der Regierungsbildung entschiedenste Anhänger dieser Mini-Koalition waren, daß sie dazu z. T. die dubiossten Mittel benutzten durch Falschmeldung am laufenden Band. Sie können feststellen, daß diese Blätter jede Gelegenheit benutzen, um zum Angriff auszuholen, auch auf Gebieten, wo sie sonst gar nicht so sehr engagiert sind, z. B. im Zusammenhang mit der Mittelfristigen Finanzplanung.

Ich war sehr überrascht durch die Reaktion dieser Presse und fragte mich nach dem Grund, bis er mir schließlich klar wurde. Hier besteht eine einige, und ich glaube sogar bis zu einem gewissen Grade organisierte einige Haltung. Das ist eine leidige und eine gefährliche Tatsache; denn diese Publizisten – ich muß die Kommentatoren von Rundfunk und Fernsehen dazunehmen – erwecken im Ausland, vor allem auch im Osten, den Eindruck, als sei die Meinung im Volk für die Anerkennung. Wenn ich Anerkennung sage, dann meine ich sowohl die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als auch die Anerkennung der Zone.

Ich habe mit einer Reihe von diesen Journalisten gesprochen und versucht, einmal zu erfahren, wie sie denken, welche Probleme für sie bestimmend sind. Es sind durchaus nicht immer dieselben Motive. Es gibt verschiedene. Ich will jetzt im einzelnen nicht darauf eingehen, aber ganz ohne Zweifel geht von dieser großen publizistischen Macht ein starker Einfluß aus. Wir wissen ja, daß zunächst diese Art von Presse nicht sehr tief ins Volk wirkt, aber auf die Dauer ist diese Wirkung da.

Nun stellt man etwas ganz Merkwürdiges fest. Diese Presse tut so fingiert, als ob unser Partner in den ostpolitischen und deutschlandpolitischen Fragen etwas anderes wolle als wir. Ich kann das darstellen an dem Beispiel des „Kölner Stadt-Anzeigers“. Aber das ist nur ein Beispiel. Ich könnte es belegen bei allen diesen Zeitungen.

10 Nicht zu ermitteln. – Das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Walter Scheel war im Gegensatz zu den FDP-Politikern Schollwer, Rubin und den Jungdemokraten nicht bereit, die DDR im völkerrechtlichen Sinne anzuerkennen. – Vgl. auch die sog. „Zweite Schollwerstudie“, die am 21. Januar 1967 vorgelegt wurde. Diese nach einem der Autoren, dem Chefredakteur der „Freien Demokratischen Korrespondenz“ Wolfgang Schollwer, benannte Denkschrift leitete die Abkehr der FDP von ihrem nationalliberalen Kurs und dem unbedingten Festhalten an der deutschen Einheit ein (Druck in: Clemens HEITMANN: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin 1988 S. 177–187); vgl. auch HILDEBRAND S. 342. – Zu Schollwer vgl. Monika FASSBENDER (Hg.): Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. München 1994.

Der Außenminister machte diese ungeschickten Bemerkungen in Bukarest.¹¹ Daß sie ungeschickt waren, darüber braucht man gar nicht zu reden. Das hat er von mir gesagt bekommen, und er hat es mit mir besprochen. Die Frage war für mich, als ich in der Pressekonferenz darauf angesprochen wurde, gar nicht, wie sollte ich reagieren, sondern ich sagte: Man muß in den Formulierungen behutsam und vorsichtig sein, man kann leicht mißverstanden werden. Es ist eine schwierige Sache, aber wenn der Außenminister von Realitäten sprach, dann hat er natürlich unsere Realitäten gemeint und nicht die der Herren von drüben. Das war das, was ich sagen konnte in einem solchen Moment.

Die Reaktion des „Kölner Stadt-Anzeigers“: „Plumper Fälschungsversuch des Kanzlers. Der Außenminister muß sich dagegen zur Wehr setzen.“¹² Und nun ist das Interessante, daß sich der Außenminister trotz meiner Aufforderung dagegen nicht in dem Sinne zur Wehr gesetzt hat, wie ich es von ihm verlangt habe. Ich habe die Herren in Kressbronn bei mir gehabt.¹³ Ich habe sie in Kressbronn eingeschworen auf die Außenpolitik, die wir bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart hatten, die in der Regierungserklärung niedergelegt und die von Partei und Fraktion gebilligt worden ist. Ihr hat Wehner ganz konsequent Folge geleistet. Er ist in der letzten Zeit sogar dazu übergegangen, bewußt meine Interpretationen dieser Politik wiederzugeben; in seiner Coburger Rede, jetzt wieder in seiner Berliner Rede, um ganz klar der öffentlichen Meinung zu sagen: Wir sind uns einig, und auch um anzuerkennen, daß hier der Kanzler wirklich die Richtlinien der Politik klar gezogen hat.¹⁴ Das hat Brandt bisher höchstens einmal andeutungsweise gesagt. Das ist einfach eine Feststellung, die ich machen muß. Ich werde in dieser Woche noch einmal eine Unterhaltung mit ihm haben. Wehner hat sich bei dieser Unterhaltung in Kressbronn ganz klar ausgedrückt. Ich habe gesagt, wir können das nicht mehr länger andauern lassen. Wir können uns nicht mehr auseinanderreden lassen von dieser Presse. Darauf hat Wehner gesagt: Ich nehme zwei bequeme Wege aus, den einen, das bequeme Stillsitzen, und den anderen, die bequeme Anerkennung. Wir müssen also den schwierigen Weg gehen.

Das hat natürlich auch Brandt gesagt. Ich habe ihn darauf festgelegt. Aber es kamen immer wieder Sondierungen. Das Entscheidende dabei war nach meiner Meinung nicht diese etwas flimmernden Formulierungen und das hektische Hochspielen des Außen-

11 Brandt hielt sich vom 3.–7. August 1967 in Rumänien auf, vgl. AdG 1967 S. 13340f.; AAPD 1967 Nr. 292, 293. – Zur Tischrede vgl. BULLETIN Nr. 84 vom 9. August 1967 S. 722. Vgl. auch MERSEBURGER S. 534–536.

12 Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 12. August 1967 „Der CDU geht Brandt zu weit“.

13 Vgl. Joachim Samuel EICHHORN: „Der Kressbronner Kreis“: Koalitionsausschuss der Großen Koalition (1966–1969). Magisterarbeit Hamburg 2002 S. 28–32; KROEGEL S. 182–184. Vgl. auch „Spiegel“ vom 4. September 1967 „Schwur am See“.

14 Wehner sprach am 10. September 1967 auf der Wartburgfeier in Coburg (vgl. BULLETIN Nr. 97 vom 12. September 1967 S. 837f.) und bei einer gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und Hauptausschusses des Deutschen Städtetages mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland in Berlin (vgl. „Berliner Stimme“ vom 23. September 1967).

ministers, das Image des Außenministers, sondern das Nichtabsetzen von den falschen Lobrednern. Das ist das Entscheidende.

Herr Brandt hat es bisher eben nicht gewagt, dieser publizistischen Macht deutlich entgegenzutreten. Wehner kam zu mir nach seiner Coburger Rede und sagte: Es ist zum Verzweifeln. Wenn ich einmal eine Formel gebrauche, und die Journalisten glauben, das ist so etwas, dann kommt das in die ganze Presse, aber wenn ich versuche, unsere Einigkeit festzustellen und klar zu sagen, wo unsere gemeinsame Linie ist, dann wird das totgeschwiegen. So ist es in der Tat.

Meine Rede zum 17. Juni,¹⁵ von der ich glaube, daß sie politisch eine der am sorgfältigsten formulierten Reden gewesen ist, die gehalten worden sind, ist von dieser Presse totgeschwiegen worden. (*Gerstenmaier*: Nicht gut geeignet!) Das ist mir klar geworden, weil sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt hat, daß man am 17. Juni ein paar vaterländische Phrasen klopft. Wenn dann einmal einer wagt, am 17. Juni etwas anderes zu sagen, wird es verschwiegen, obwohl man gerade an diesem Tag meinen sollte, auch gehört zu werden.

Also, das ist eine Sache, die wir so nicht mehr weiterlaufen lassen können. Ich habe immer wieder versucht, hier Klarheit zu schaffen. Jetzt lese ich in den Unterlagen, die ich heute bekommen habe, daß Brandt sich so ein bißchen bemüht hat – wo war es? (*Lemmer*: In Berlin!) Da hat er gesagt, daß die oft mißverständene Formel des Nebeneinanderlebens¹⁶ ... (*Amrehn*: Eine Rede, die nicht von ihm stammt!) Ja, welche Rede stammt denn von ihm? (*Unruhe und Bewegung*.) Herr Amrehn, Sie müssen immer fragen, welche? Das ist nun einmal leider so. (*Starke Unruhe*.) Aber es ist sehr interessant für dieses Bemühen. Ich muß die Schwierigkeiten in diesem Kreise sagen. Ich kann nur hoffen, daß die Vertraulichkeit gewahrt bleibt, sonst kann ich Ihnen ja überhaupt nichts mehr erzählen. Ich habe ein großes Vorbild darin. (*Unruhe und Bewegung*.)

Aber da ich selbst zu den Kritikern dieses großen Vorbildes gehöre, will ich also versuchen, ein wenig weiterzugehen. Diese Schwierigkeit ist wirklich enorm. Das ist nicht nur sein persönlicher Wille, sondern die SPD drängt diesen Mann sehr stark, da sie in ihm den kommenden Bundeskanzlerkandidaten sieht. Daran habe ich gar keinen Zweifel, trotz der Hoffnungen, die sich Helmut Schmidt macht. (*Barzel*: Wehner!) Nein, das glaube ich nicht, es wäre eine gute Sache, aber ich glaube es nicht.

Aber Brandt wird gedrängt. Ich denke z. B. an die Geschichte mit den „berühmten“ 14 Punkten.¹⁷ Ich lese in der Zeitung, Herr Wehner liest in der Zeitung, jedes andere

¹⁵ Vgl. OBERNDÖRFER S. 77–83.

¹⁶ Am 6. Oktober 1967 anlässlich einer Feierstunde zum 100. Geburtstag Walter Rathenaus im Auditorium Maximum der FU Berlin zum Thema „Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen“, vgl. BULLETIN Nr. 109 vom 10. Oktober 1967 S. 933–937. – Zur Reaktion vgl. „Welt“ vom 7. Oktober 1967 „Brandt: Wir wollen aufrichtige Freundschaft zur Sowjetunion“. – Vgl. auch Anm. 73.

¹⁷ Vgl. AAPD 1967 Nr. 224. Im Rahmen eines Abendessens erläuterte Brandt dem sowjetischen Botschafter Zarapkin die Punkte, die seiner Meinung nach Gegenstand von Regierungsgesprächen sein könnten. – Vgl. auch „Badische Neueste Nachrichten“ vom 22. September 1967 „Bundeskanzler Kiesinger beschwert sich über Brandt“.

Kabinettsmitglied liest in der Zeitung, daß dem russischen Botschafter ein Papier nach Moskau mitgegeben worden sei mit einem 14-Punkte-Programm. Sie können sich denken, wie ich darauf reagiert habe. Der russische Botschafter¹⁸ war bei mir – lange nachdem dieses geschehen war – und fragte, ob ich ihm etwas mitzugeben hätte. Ich sagte ihm: Herr Botschafter, sie kennen unsere Haltung. Wir haben uns in den letzten Monaten deutlich genug ausgesprochen. Es liegt uns wirklich daran, eine Epoche besserer Beziehungen mit der Sowjetunion einzuleiten. Wir sind bereit, alles, was dazu möglich ist, zu tun, mit der einen Ausnahme, wir können die Forderung auf die Hinnahme des Status quo nicht erfüllen. Ich schlage vor, weil wir beide im Augenblick das Hauptproblem nicht lösen können, einmal zu überlegen, was wir trotzdem miteinander tun können, um das gegenseitige Mißtrauen abzubauen. Das war die ganze Antwort, die ich ihm mitgab. Ich konnte ihm gar keine andere in diesem Augenblick mitgeben.

Was war nun mit den 14 Punkten geschehen? Das ist ein von der SPD-Baracke¹⁹ künstlich hochgespieltes Ding gewesen. Es fand ein Essen statt, das Herr Schütz²⁰ gab. Zu diesem Essen lud er Herrn Brandt ein. Dort besprach man einige Punkte. Wenn Sie die 14 Punkte durchsehen, sind es Rosinen, die aus der Regierungserklärung herausgeklaubt worden sind; nirgendwo etwas wirklich Neues. Da wurde ihm gesagt, das seien doch Punkte, über die man reden könnte. Gut, dagegen wäre nichts zu sagen gewesen. Hinterher hat dann der Parteiapparat das hochgespielt, und zwar sehr dumm hochgespielt. Ich kann Ihnen die Wehnersche Beurteilung dazu geben. Wehner sagte mir, als ich ihn darauf ansprach: Erstens war das von Anfang an ein schwerer politischer Kunstfehler, und zweitens das auch noch propagandistisch so hochzuspielen, ist einfach nicht zu verantworten. Das ist das Urteil über seinen Außenminister, aber auch über den Teil des Parteiapparats, der das macht.

Das sind einige Beispiele dieser Art. Sie müssen sich nun einmal in meine Lage versetzen. Ich habe alles getan, um unter vier Augen, unter sechs Augen oder unter acht Augen die Dinge immer wieder in Ordnung zu bringen und geradezubiegen. Eine Flucht an die Öffentlichkeit wäre natürlich ein ganz bedenklicher Schritt gewesen, den ich selbstverständlich zu vermeiden versucht habe.

Ich habe als Bundeskanzler der Großen Koalition dafür zu sorgen, daß diese Koalition durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg kommt, und daß dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt. Ich muß Ihnen das einmal sagen. Als ich in diesem Beschuß stand, der sich merkwürdigerweise so stark gegen mich wandte nach der Mittelfristigen Finanzplanung mit den Behauptungen „Führungsschwäche“ usw., da lag es ähnlich. Das ist eine Tendenz, die immer wieder von gewissen Leuten kommt. (*Zuruf: FDP!*) Natürlich von der FDP. Das ist eine Propaganda der Untergürtel-

18 Semjon Konstantinowitsch Zarapkin (1906–1984), sowjetischer Diplomat; 1966–1971 Botschafter in Bonn.

19 Die SPD-Zentrale in Bonn war bis zum Bezug eines Neubaus (Erich-Ollenhauer-Haus) 1975 in Baracken untergebracht.

20 Klaus Schütz hatte am 16. Juni 1967 dem sowjetischen Botschafter ein Essen gegeben, vgl. AAPD 1967 S. 923.

linie. (*Unruhe.*) Wodurch wurde uns die klare Konzeption des Finanzkabinetts verdorben? Im wesentlichen durch unseren Koalitionspartner, in der Öffentlichkeit ging es aber sehr viel stärker gegen uns. Es wurde so getan, als sei die Mittelfristige Finanzplanung ein gemeinsames Parteiprogramm. Das konnte sie nie und nimmer sein. Sie konnte nur ein Kompromiß sein. Ihr eigenes Ziel – und das ist erreicht worden – war dieses: Wir haben verhindert, daß die Dinge wieder unkontrolliert abgleiten in eine Krisensituation wie im letzten Jahr. Das ist ein Versuch, der natürlich nur über den Daumen gepeilt werden konnte. Das ist ein ganz neuartiges Unternehmen. Es muß jedes Jahr korrigiert und angepaßt werden. Aber das eine ist sicher erreicht worden: Wir haben die kommenden vier Jahre unter Kontrolle. Das ist das Entscheidende.

Zur Konjunkturpolitik will ich nicht viel sagen. Sie wissen alle Bescheid. Die Meinungen hierzu gehen auseinander. Man fragt, wieviel ist notwendig? Haben wir nicht schon zu viel getan? Tun wir nicht zu viel? Ich führe mit vielen erfahrenen Leuten in der Wirtschaft Unterhaltungen über diese Dinge. Darüber wird man ebenso streiten wie über die Frage der Bundesbahn, der Restriktionspolitik usw. Mir war interessant, daß Ludwig Erhard – ich begehe ganz bestimmt keinen Vertrauensbruch – da oben bei seinem letzten Besuch, als ich ihm vorhielt, daß nach meiner Meinung diese Restriktionspolitik viel zu lange angedauert habe, wörtlich erklärte: Jawohl, wir hätten spätestens im Oktober, besser noch ab Mitte September, auf Wachstum umschalten müssen. Aber damals war ich ja schon ein machtloser Mann. – Das hört man nicht nur nach Tisch anders, als man es gelegentlich gehört hat. In unserer Fraktion gehen die Meinungen darüber auseinander. Herr Kollege Schmücker, Herr Erhard hat es mir gesagt. Dazu dürfen Sie nicht mit dem Kopf schütteln. (*Schmücker:* Ich sehe es etwas anders, Herr Bundeskanzler!)

Wieso denn? (*Schmücker:* Ich sehe es etwas anders, aber das widerspricht dem nicht, Herr Bundeskanzler. – *Unruhe.*) Ja, gut! Jetzt verstehe ich das erst. Wie Sie dachten, Herr Kollege Schmücker, weiß ich ja. Das haben Sie mir von Anfang an ja deutlich gesagt. Ich sage es deshalb, weil immer wieder so getan wird, als hätte Ludwig Erhard festgehalten an einer Restriktionspolitik. Er selber hat in manchen Äußerungen diesen Eindruck erweckt. Aber ich will darüber jetzt nicht mehr viel sagen.

Zur Verkehrspolitik! Der Leber-Plan wird von mir in seinem Ziele kräftigst unterstützt. Er wird aber auch sonstwie aus Gründen unterstützt, die mit dem Leber-Plan an sich nicht allzu viel zu tun haben; denn die Leute erwarten eine gewaltige Entlastung der Autobahn usw. (*Zuruf:* Finanzielle Auswirkungen!) Die finanziellen Auswirkungen sind beachtlich. Immerhin nach seinen Berechnungen, die bis jetzt nicht widersprochen worden sind, gelingt es zwar nicht, bis zum Ende der Mittelfristigen Finanzplanung die Subventionen an die Bundesbahn zu verringern, aber es gelingt, sie einzufrieren. Sie wären nämlich, wenn das nicht gelänge, so wurde ausgerechnet vom Finanzministerium, 5,4 Mrd. DM; sogar noch höher. Wenn das also einträte, würde die Mittelfristige Finanzplanung gesprengt, und unsere Arbeit wäre vergeblich gewesen.

Korrekturen des Planes werden durchaus möglich sein; denn das Parlament ist ja souverän. Wir werden engste Fühlung mit den Fachleuten weiter halten. Es ist richtig,

es so zu sagen, wie es auch Müller-Hermann immer gesagt hat, wir unterstützen die Zielsetzung dieses Planes; denn, meine Damen und Herren, wenn hier die CDU den Fehler machen sollte, dagegen zu sprechen, dann heißt es: Aha, die „Tante CDU“ hängt sich mit ihren 2 Zentnern dahinter und hält einen entschlossenen Mann auf, der ein gutes Programm durchführen will. Wir müssen uns darüber klar sein, der Leber-Plan hat eine große öffentliche Zustimmung, wenn auch z. T. aus ganz falschen Vorstellungen heraus; im übrigen ist Herr Leber ein prächtiger Kerl, auch in dem, wie er seine Sache vertritt und beweist. Im Kabinett ist er einfach großartig. Ich wünsche, man hätte mehr solcher ... (*Barzel*: Nattern an Ihrer Brust! – *Unruhe und Bewegung*.) Nein, „Nattern“ dürfen Sie nicht sagen; dann müssen Sie schon eine andere gute Art aus dem Tierreich nehmen. (*Anhaltende Unruhe*. – *Kohl*: Eine der Nattern! – *Barzel*: So wie bei Konrad Adenauer in Hamburg!²¹ – *Anhaltende Unruhe*. – *Zuruf*: Welches Tier? – *Weiterer Zuruf*: Ein gefährliches Tier. – *Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren! Immer einer nach dem anderen! Ein gefährliches Tier? Na schön; aber darüber besteht kein Zweifel, er ist ein wirklich bedeutender Mann. (*Barzel*: Das ist keine Frage!) Er ist immer, wenn er Rede und Antwort steht, eine Gefahr. Darüber wollen wir uns nicht täuschen.

Nun ein paar Worte zur Außenpolitik! Hier sind es drei Komplexe, die Sie interessieren: die Deutschlandpolitik, die Ostpolitik und die Europapolitik. Die Europapolitik ist jetzt in ein ganz schwieriges Stadium eingetreten im Verhältnis zu Amerika. Zur Ostpolitik und Deutschlandpolitik brauche ich nicht viel zu sagen. Es ist das, was ich immer wieder formuliert habe, was jeder von Ihnen nachlesen kann, nämlich die Richtlinien der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik. Wir wollen versuchen, mit so viel östlichen Nachbarn wie möglich bessere Beziehungen anzubahnen, um dadurch zu erreichen, daß sich allmählich das Klima und das Verhältnis uns gegenüber ändert, um eine bessere Ordnung für die Lösung unserer großen nationalen Probleme schaffen zu helfen, aber immer mit dem Blick auf die Risiken einer solchen Politik.

Wir wollen das auch der Sowjetunion gegenüber tun, die zur Zeit nicht bereit ist, darauf einzugehen. Das ist ganz klar. Ich hatte es nicht anders erwartet; denn da ich weiß, daß die Beziehungen der Völker untereinander durch ihre Interessen oder dadurch bestimmt werden, wie sie ihre Interessen einschätzen, konnten wir sehr klar ausrechnen, daß im Augenblick die Sowjetunion nicht veranlaßt wird, ihren Kurs zu ändern. Sie spürte dagegen, daß das, was wir hier angefangen haben, für sie unbequem war. Sie ist bis zu einem gewissen Grade auf Pankow angewiesen. Nun, es ist wiederum paradox, drüben stehen sie an achter Stelle im – wie soll ich es ausdrücken – Industriepotential der Welt. Seit dem Bau der Mauer haben sie außerordentlich gute wirtschaftli-

21 Wahrscheinlich Anspielung auf Gerd Bucerius. Der Verleger des „Stern“ trat am 8. Februar 1962 aus der CDU und der Bundestagsfraktion aus, nachdem er wegen eines Artikels vom 14. Januar 1962 „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“, der kritisch die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils behandelte, heftig angegriffen worden war. – Dr. Gerd Bucerius (1906–1995), Verleger; 1945 Bausenator in Hamburg, 1946 Mitgründer der Wochenzeitung „Die Zeit“, 1947–1949 MdWR, 1949–1962 MdB (CDU), 1952–1957 Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft. Vgl. LEXIKON S. 209.

che Fortschritte gemacht. Diese bilden natürlich einen Nagel, der dieses Satellitensystem – wenn ich es so noch nennen darf – zusammenhält.

Von dort aus der starke Einfluß, von daher der starke Druck auf die Länder, die alle diplomatische Beziehungen mit uns aufnehmen wollen. Das wissen wir aus vielen Quellen. Von daher der augenblickliche Erfolg, von daher aber auch – unterschätzen wir das nicht – die außerordentliche Unbeliebtheit des Regimes von Pankow im ganzen östlichen Bereich. Ob ich mit unserem Botschafter in Moskau spreche oder mit Leuten, die aus jenem Bereich des Ostens kommen, überall gibt es dieselbe Feststellung. Es ist wichtig, daß in diesen Auseinandersetzungen nicht wir als die Intransigenten, als die kalten Krieger, als diejenigen, mit denen nichts anzufangen ist, erscheinen. Die anderen müssen es sein. Und auf die Dauer wird es uns – davon bin ich fest überzeugt – gelingen, auch im Osten gelingen, uns durchzusetzen. Im übrigen wird diese unsere Politik, die Außenpolitik und die Deutschlandpolitik, nicht dadurch bestimmt, daß wir erwartet haben, es träten nun gleich großartige Erfolge ein.

Hier ein Wort der Kritik auch wiederum an die Adresse des Außenministeriums! Ein schwerer Fehler, den der Außenminister verschiedene Male gemacht hat, war der, daß er diesen Eindruck erweckt hat. Im Zusammenhang mit den „berühmten“ 14 Punkten geht vom Auswärtigen Amt, als Zarakin zurückkommt, so eine Mitteilung heraus, man erwarte von Zarakin wunder etwas. Das ist natürlich schädlich; denn wenn wir diese Politik selbst so interpretieren, als erwarten wir nahe Erfolge, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns bescheinigt wird, diese Politik ist gescheitert oder wird scheitern.

Das ist wirklich eine Politik auf weite Sicht. Sie können alles nachlesen von der Regierungserklärung bis zu diesem Tag, was ich zu dieser Politik gesagt habe. Und ich habe viel dazu gesagt. Ich habe niemals unterlassen darauf hinzuweisen, daß das eine Politik eines langen und mühevollen Weges sein wird, bei der man keine raschen Erfolge erwarten kann. Hier zeigt sich wiederum eine Eigenschaft der deutschen Presse. Ich muß noch einmal darüber sprechen. Ich habe versucht, so ein bißchen auch die Charakteristiken der Presse der anderen Länder zu untersuchen. Wir haben eine unerhört kurzatmige Presse. Wenn diese Presse nicht jeden Tag eine neue Schlagzeile hat, dann ist es zu wenig. Das ist in anderen Ländern so nicht. Die Kritik dieser Presse ist bestimmt durch das Bedürfnis nach der neuen Schlagzeile. Ich habe einigen Journalisten vor kurzem gesagt: Ihr kommt mir vor wie der Held in einem Fernsehspiel – den ich gerade eben zufällig gesehen habe –, nämlich ein Photograph, der wunderbare Bilder gemacht hat, aber weil es nie sensationelle Inhalte gab, hat er nichts angebracht. Darauf kam er auf die Idee, sich seine Sensationen selbst zu schaffen. Er arrangierte Morde und war dann natürlich an der Stelle. So ähnlich ist es hier. Man konstruiert Dinge. Und das führt zu dieser ewigen hektischen Unruhe. Wenn Sie einmal einen einzigen Tag genau die deutsche Presse durchsehen und das, was im Fernsehen und Rundfunk geboten und gesagt wird, überblicken, dann stellen Sie fest: Das ist ein Hexensabbat. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Man muß sich wirklich fragen, wie das einem Volk wie dem unseren bekommt. Wenn es nicht so wäre – Gott sei Dank ist es so, daß die große Mehrzahl unseres Volkes immer noch ihre Heimatzeitung, oder wie man sie nennen soll, liest –, dann wäre es in der Tat beunruhigend. Aber auf die Dauer ist es trotzdem schwierig und gefährlich. Wir müssen also etwas dagegen tun. Wir müssen damit rechnen, daß wir auf allen diesen Gebieten von der vierten Großmacht, von der vierten Partei, von der ich gesprochen habe, ununterbrochen attackiert werden. Diesen Leuten liegt daran das, was im Herbst des vergangenen Jahres nicht gelungen ist, im Jahre 1969 zustande zu bringen, d. h. die Kräfte auszuschalten und in die Opposition zu schicken, die nach ihrer Meinung einer Außenpolitik, einer Ostpolitik, Bremsen anlegt, die es verhindert, daß es zur Anerkennung kommt. Das sind auch Leute, die zu uns gehören. Ich führe zur Zeit einen Briefwechsel mit Professor Besson²². Ich weise darauf hin, daß viele Angehörige vom Fernsehen und Rundfunk, die aus unseren Reihen stammen, zu dieser Anerkennungspartei übergegangen sind. (*Barzel*: Heigert!²³)

Heigert zum Beispiel! Das ist eine erschütternde Bilanz. Man muß darüber nachdenken, warum das geschehen ist. Ein wenig war natürlich auch die Immobilität unserer Außenpolitik nach dem Ende der eigentlichen Adenauer-Ära schuld daran. Man hat das Gefühl, daß die Dinge einfach abbröckeln müssen, weil nichts mehr geschehen ist. In der Sache, in der Substanz, halte ich diese Politik nach wie vor für richtig, wiederum cum grano salis. Die demoskopischen Untersuchungen zeigen, daß sie weit überwiegend von unserer Bevölkerung gebilligt wird, und zwar mit klarem Instinkt für das, was richtig ist.

Wenn die Frage gestellt wird: Sollen wir die Beziehungen so weit treiben, daß wir dafür anerkennen, was die Zone anlangt, dann gibt es eine absolute Mehrheit der befragten Bevölkerung, die strikte dagegen ist; bei der Oder-Neiße-Linie ist es zwar nicht die absolute Mehrheit, aber bei weitem der größte Teil, obwohl auch hier die Befürworter allerdings schon bis zu 30% angestiegen sind, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe. Aber, wie gesagt, ich nehme es cum grano salis. Wir wissen, daß diese Dinge auch geändert werden können durch entsprechende Einflußnahmen. (*Zuruf*: Die Presse!) Natürlich, das ist die vierte oder fünfte Macht, wie Sie wollen. Das ist unser Problem.

22 Prof. Dr. Waldemar Besson (1929–1971), Historiker und Politologe; 1961 Professor für Politische Wissenschaft in Erlangen-Nürnberg, 1966 in Konstanz, 1962 Mitglied des Fernsehrats beim ZDF. – Besson legte Kiesinger in einem Schreiben am 5. September 1967 seine Ansichten zur Deutschlandpolitik dar. Er vertrat die Überzeugung, „daß wir ohne ein ‚geregeltes Nebeneinander zweier deutscher Staaten‘ niemals glaubwürdig an der Entspannungspolitik partizipieren und auch nie einen neuen weltpolitischen Spielraum gewinnen können.“, vgl. ACDP 01–226–001.

23 Dr. Hans Heigert (geb. 1925), Journalist; 1950–1956 politischer Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 1957–1960 Leiter des Jugendfunks beim Bayerischen Rundfunk, 1960/61 politischer Redakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“, 1961–1969 Chefredakteur Fernsehen beim Bayerischen Rundfunk, 1964–1970 Moderator des Magazins „Report“, 1969–1984 Chefredakteur der SZ, 1989–1993 Präsident des Goethe-Instituts.

Nun komme ich zu der Frage, was kann man dagegen unternehmen, gerade gegen diese vierte Macht? Das Volk weiß das ja nicht. Die Leute lesen zwar: Da wird die Regierung kritisiert, aber nicht die Regierung als solche, sondern der Bundeskanzler und die CDU werden kritisiert, oder wenn man es einmal nicht wagt, den Kanzler zu kritisieren, dann wird jedenfalls die CDU kritisiert. Dann wird von irgendeiner ungeschickten Aussage, die irgend jemand einmal gemacht hat, gesagt: Die CDU tut das und das.

Die Situation ist folgende: Unsere Partei, wie sie bisher organisiert ist, war und ist gar nicht in der Lage, dieser Situation gerecht zu werden. Es kommt noch hinzu, daß natürlich die SPD, insbesondere nach den eindrucksvollen aufeinanderfolgenden Wahlsiegen der CDU bei den letzten Landtagswahlen, ungeheuer nervös geworden war und daß man dort den in die Große Koalition übernommenen schon ohnehin imposanten Propagandaapparat noch verstärkt hat.

Ich nenne jetzt das, wovon ich spreche, mit dem Arbeitstitel „Baracke“, ohne daß ich mich im einzelnen hier allzusehr festlegen möchte. Es war nach diesen Erfolgen der CDU sehr bald zu sehen, wie aus der Baracke eine systematische Kampagne gegen die CDU und den Kanzler begann. Beim Kanzler ging es darum, das sogenannte Image herunterzuspielen. Bei der CDU ging es darum zu sagen, diese CDU ist ein Bremsklotz einer vernünftigen Politik, sie wird nur so widerwillig mitgeschleift, die eigentliche dynamische Kraft in dieser Koalition, besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik, ist die SPD.

Dann begann dasselbe Spiel in der Innenpolitik, und zwar von der Mittelfristigen Finanzplanung ab. Man stellte einen neuen Propagandadirektor – so nennt er sich – ein, den Herrn Fried Wesemann²⁴. Die erste Tat dieses Mannes war, in diesen beiden Richtungen vorzustoßen. Dann flatterten mir Handzettel auf den Tisch, in denen immer wieder die gleichen Behauptungen wiederkehren; zunächst die alte Behauptung: Die CDU ist schuld an dem, was im letzten Herbst passiert ist. – Da kann man sagen, was man will, daß es keine Schuld der CDU ist, sondern daß das ein langer Prozeß ist, bei dem sich einfach alle übernommen haben, es nützt nichts. (*Kohl*: Auch die CDU!)

Ja sicher! Alle! Ich sage sogar, daß auch ein Ministerpräsident im Bundesrat dagegen angehen muß. Also, wir alle haben uns übernommen, aber ganz gewiß auch die Opposition. Nun gut, das müßte man vielleicht noch hinnehmen, was die SPD sagt. Aber dann heißt es: In dieser Großen Koalition ist die SPD der Sachwalter des kleinen Mannes. Und in diesem einen Handzettel – ich habe ihn leider nicht da, ich wollte ihn mir noch besorgen –, der zu vielen Tausenden herausgegangen ist, stand: Nr. 15.²⁵ Ich möchte gerne wissen, wieso? Bis jetzt habe ich immer noch nicht fertiggekriegt, die 14 vorangegangenen Nummern zu bekommen. Ich habe sowohl die Partei wie das Presse- und Informationsamt aufgefordert, sie herbeizuschaffen. (*Amrehn*: Vielleicht war es nur ein Trick, die haben sicher nur eine Nummer! – *Heiterkeit*.) Also, zuerst kam die Einleitung über die Sache im letzten Jahr. Und dann kommt folgende Frechheit, bis zuletzt

24 Fried Wesemann (1915–2001), Journalist; Juni 1948 bis Juni 1949 Leiter des Pressebüros der SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und Frankfurter Korrespondent von SPD-Organen, in den 50er Jahren Chefredakteur der „Hannoverschen Presse“, 1967/68 zuständig für Informa-

waren bestimmte Kräfte am Werk, die wollten: Besteuerung der Renten – das trifft unseren Freund Katzer. (*Stoltenberg*: Das trifft Karl Schiller! – *Unruhe*.) Dann kommt 2., 3., 4. usw. Das sind alles Dinge, die wir im Finanzkabinett beschlossen hatten und die vernünftig waren. Und das wird nun umgedreht und gesagt: Das ist die CDU schuld.

Jetzt gehen sie auch von diesen 4% ab, wie ich höre. (*Barzel*: 6%!²⁶) Ob ich das aber zulasse, das wird noch die große Frage sein. Wehner hat mir angedeutet und hingewiesen auf – wie war das, die besseren Historiker der Weimarer Republik mögen es mir sagen – die Sache, als die SPD sich im Reichstag weigerte, eine ganz kleine Zahl ... (*Lebhafte Bewegung*. – *Lemmer*: ¼%! – *Zuruf*: Panzerkreuzer!²⁷) Damals haben sie den verhängnisvollen Fehler begangen um dieses lächerlichen Beitrages willen. (*Anhaltende Unruhe*.) Ich nehme das beinahe als eine Aufforderung, die SPD beim Portepepe zu fassen. (*Anhaltende Unruhe*.) Wir wollen einmal abwarten. Jedenfalls war die Propaganda erfolgreich. Die SPD hat jetzt noch etwas getan. Sie hat verschiedene Dienste. Sie hat ihr ppp, sie hat andere Dienste. Und sie hat jederzeit, was die CDU nicht hat – das hat mir ein Gespräch mit Freund Rathke betrüblich klargemacht –, fleißigere Federn, die für sie in den verschiedensten Zeitungen und in den Redaktionen des Fernsehens und Rundfunks schreiben. Als ich fragte: Um Himmels willen, haben wir denn nicht auch unsere Freunde in der Publizistik, die man in einer solchen Situation aufrufen kann, da sagte er mir: Nein, nein! – Die Partei hat es also bisher versäumt, eine solche Truppe zu sammeln. Rathke sagte mir klipp und klar: Das sind alles unabhängige Journalisten, die lassen sich nicht dreinreden.

Ich weiß, daß die Fraktion hier ein wenig anderer Ansicht ist. Ich hätte nur gewünscht, daß die Fraktion in jener Zeit sich etwas stärker zum Schutze des Bundeskanzlers durch ihre befreundeten Journalisten eingesetzt hätte. Das habe ich leider bitter vermißt in jenen schlimmen Wochen. Wir müssen also etwas Entsprechendes schaf-

tionspolitik bei der SPD-Zentrale in Bonn, Autor einer Schumacher-Biographie (Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland. Frankfurt/Main 1952), 1967 Direktor der Informationsabteilung beim SPD-Parteivorstand. – Vgl. FAZ vom 7. August 1967 „Helmut Schmidt kritisiert Bundeskanzler Kiesinger“.

25 Serie von Flugblättern, herausgegeben vom SPD-Parteivorstand und wahrscheinlich erstellt von Fried Wesemann. Der Handzettel Nr. 15 trägt die Überschrift „Lasten gerecht verteilt“ (AdsD 6/FLBL000304). Vgl. auch „Spiegel“ vom 8. August 1967 „Das Loch“.

26 Im Haushalt für 1968 wurden die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung gekürzt. Dieser Einnahmeausfall wurde durch eine Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung und die Beseitigung der Pflichtversicherungsgrenze für Angestellte ausgeglichen, vgl. HILDEBRAND S. 291.

27 Am 10. August 1928 hatte die Regierung der großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mit den Stimmen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder den Bau des Panzerkreuzers A beschlossen. Am 16. November aber zwang die SPD-Fraktion ihre Mitglieder, einschließlich ihrer Regierungsvertreter, diesen Beschluß abzulehnen. Am 27. März 1930 war die Koalitionsregierung schließlich zerbrochen über die Frage, das Haushaltsdefizit vom 1,5 Mrd. Reichsmark über die Deckung der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Die SPD-Fraktion im Reichstag hatte einen Kompromiß abgelehnt, der sowohl Beitragserhöhungen von 3,5 auf 4% als auch Einsparungen vorsah.

fen. Das Presse- und Informationsamt erwies sich in dieser Zeit als total wirkungslos. Sehen Sie bitte meine Situation an. Der erste Angriff von Wesemann ging gegen Ahlers²⁸, weil er sich geweigert hatte, als Informant tätig zu werden. Da sitzt im Presse- und Informationsamt als Leiter der Innenabteilung der frühere Geschäftsführer der FDP, Herr Niebel²⁹, und ich kriege den nicht weg. Ich bitte meine Freunde in der Regierung, nehmt mir den Mann ab, ich kann ihn sonst nicht rausschicken. Ich bittle vor verschlossenen Türen. Er wird mir nicht abgenommen! (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Da sitzt er bis zu dieser Stunde. Der Mann ist doch überfordert, er braucht gar nicht bewußt illoyal zu sein.

Ich habe heute ein Grußwort für die Industrie- und Handelskammerleute gehabt, in dem stand: „Dies ist ein Erbe des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus.“³⁰ Das hat mir Herr von Hase hingelegt. Ich schrieb darauf: Kann ich erfahren, wer diesen Entwurf gemacht hat? – Ich bin fest davon überzeugt, er stammt von Herrn Niebel. (*Kohl:* Das spricht für den Mut des Mannes!) Ja, aber das ist eine Sache, die muß jetzt endlich verschwinden. Ich versuche seit neun Monaten, den Mann wegzubringen. Es ist nicht möglich. (*Zuruf:* Nehmen Sie ihn in den Planungsstab!) In was für einem System leben wir, wo es nicht möglich ist, den Arbeitsstab so zu formen, wie er nötig ist? Das gilt für dieses Haus, das gilt für das Presse- und Informationsamt. Das ist nicht Herr von Hase, aber er ist der Sprecher. Die Organisation da drüben ist auch gar nicht von ihm gemacht worden. Sie hat sich als völlig ineffizient erwiesen. Und diese 800 Leute – oder wieviel es sind – rotieren in sich. (*Stoltenberg:* Die nehmen zwar Nachrichten auf, aber verbreiten keine!) So ist es. Hinaus geht nichts. Nun, wir haben über diese Dinge gesprochen. Wir müssen unsere eigenen Waffen schmieden. Ich kann jede Woche die führenden Leute der SPD kommen lassen und ihnen sagen, das dulde ich nun nicht mehr. Es wird doch immer wieder passieren. Ich sehe, daß man die ganz führenden Männer im Stande der Unschuld läßt, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. (*Unruhe.*)

Bei einigen ist es so. Ich habe es nachgeprüft, daß es so ist. Das ist ja eine bequeme Sache. Wir müssen in unserer Partei etwas Ähnliches machen. Wir müssen ein Gegenarsenal aufstellen. Das ist im Gange. Ich habe Herrn Dr. Heck gebeten, das in die Hand zu nehmen. Aber trotz allem, meine Damen und Herren, was ich jetzt gesagt habe, mache ich zum Schluß doch noch eine optimistische Bemerkung. Ich sprach von der SPD und daß sie immer wieder darstellt, sie sei die Partei des kleinen Mannes. Nun muß ich

28 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; 1947 Mitgründer der Jungen Union in Hamburg, 1951 Chef vom Dienst im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1952 Pressereferent der Dienststelle Blank, 1954–1957 außenpolitischer Kommentator der „Welt“, 1957–1959 Bonner Korrespondent des „Spiegel“, 1959–1962 innenpolitischer Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, 1962–1966 Chefredakteur des „Spiegel“, 1966–1969 stv. Leiter des Presse- und Informationsamts, 1968 SPD, 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamts, 1972–1980 MdB, 1. März 1980 Intendant der Deutschen Welle.

29 In der Vorlage: Nebel. – Fritz Niebel (geb. 1913), 1950–1959 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, zuletzt Ministerialdirektor im BPA.

30 Laut Terminplan nahm Kiesinger am 16. Oktober 1967 an einem Abendessen des „Industrie- kreises für Auslandsbeziehungen“ in Düsseldorf teil, vgl. ACDP 01–226–320.

ein Wort zugunsten der Freunde in unserer Partei sagen, die genau wissen, wobei es darum geht. Die letzte Aufschlüsselung der demoskopischen Umfrage ergab, daß wir in allen Schichten des deutschen Volkes, in allen Berufsständen, der SPD weit voran sind, nur nicht bei den Arbeitern und Landarbeitern. Nach der letzten EMNID-Umfrage sieht die Situation bei den Arbeitern und Landarbeitern wie folgt aus: SPD 54%, CDU/CSU 35%. In allen anderen Schichten sind wir der SPD weit überlegen.³¹ Unsere andere Achilles-Ferse sind die Männer, und zwar schon seit Jahren. Freund Duffhues, Sie haben geglaubt, das Gegenteil sei der Fall. Wir sind noch abhängiger von den Frauen geworden als früher. Der Unterschied zwischen Männerzustimmung und Frauenzustimmung ist größer als je. Wir sind sehr abhängig von der Hilfe der Frauen, und zwar schon seit vielen Jahren. Die SPD wäre die stärkste Partei, wenn wir nur – wie in der Schweiz – ein Männerwahlrecht hätten. Ich weise darauf hin, wie wichtig das ist. Deswegen müssen in diesem Rest der Legislaturperiode unsere ganzen Anstrengungen darauf gerichtet werden; aber nicht dadurch, daß wir glauben, im Kielwasser der SPD schwimmen zu müssen. Das ist gar nicht notwendig. Aber wir müssen dem Arbeiter das Gefühl geben, daß seine Sache bei uns gut aufgehoben ist. Dieses Gefühl müssen wir ihm geben; denn ganz offenbar hat er das in weiten Schichten unseres Volkes nicht mehr. Nur dort können wir die Dinge korrigieren. So, wie die letzten Ergebnisse waren, können wir mit einem Sieg der CDU im Jahre 1969 nur rechnen, wenn aus diesem Reservoir der Arbeiter und Landarbeiter ein erheblicher Zuwachs für uns herausgeholt wird. Ich lasse das noch ganz genau feststellen durch eine Studie. Aber nach dem, was ich bis jetzt festgestellt habe, ist das ganz einwandfrei. Hier liegen also gewaltige Aufgaben; d. h. nicht – ich betone es noch einmal –, daß wir dogmatisch überspitzten Vorstellungen nachgehen oder daß wir einfach eine zweite Auflage von SPD-Politik machen sollten. Selbstverständlich nicht! Aber es bedeutet, daß wir uns dem kleinen Mann deutlich machen müssen; d. h. aber nicht, den kleinen Einkommensschichten. Bei den kleinen Einkommensschichten stehen wir gar nicht schlecht. Das sind nämlich nicht die Arbeiter. Das sind die Rentner. Jetzt ist eine kleine Abwanderung – sie ist vorübergehend – zur FDP erfolgt, die diese Geschichte von vornherein nicht mitgemacht hat. Das hat die SPD zur Kenntnis genommen und jetzt diese Propaganda eingeleitet, mit Erfolg, wie ich gesehen habe. Aber auch sonst sind die Stimmen der Frauen, die in schlecht bezahlten Frauenberufen sitzen, bestimmend für die CDU. Die gefährlichen Zahlen für die CDU beginnen bei den Arbeiterschichten, die recht gut stehen.

Es ist also ganz offensichtlich nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es ist folgendes: Der Arbeiter will ernst genommen, geachtet und respektiert werden. Er will vollgenommen werden in unserer Gesellschaft und in unserem Volk. Und da ist vieles für uns zu tun; also auch in unserem Aktionsprogramm. Gerade wir in der CDU laufen Gefahr, daß wir uns in X-Einzelgebieten bei solchen Programmen zersplittern, was uns gar

31 Nach der EMNID-Umfrage aus der zweiten Augushälfte lagen CDU/CSU bei 43%, SPD bei 45%, FDP bei 7% („Bonner Rundschau“ vom 13. September 1967); nach Allensbach (Umfrage im September) lagen die CDU/CSU bei 47%, SPD bei 43%, FDP bei 4% (FAZ vom 18. Oktober 1967).

nichts hilft, so daß uns die Stoß- und Schlagkraft auf den eigentlich entscheidenden und wichtigen Gebieten fehlt.

Trotzdem bin ich optimistisch. Ich glaube, insoweit unseren Partner zu kennen, auch die führenden Leute, um mit Vertrauen in die Auseinandersetzungen zu gehen, vor allem in den Wahlkampf 1969, wenn es erlaubt ist, so weit vorauszudenken. Ich weiß, wie zerstritten die SPD ist, viel zerstrittener als die CDU. Ich sage das nicht leichthin, wie hier Mann gegen Mann steht, wobei ich nicht unterschätze, daß auch in der CDU z. T. Mann gegen Mann steht, aber dort sieht es viel wilder aus als bei uns. Das ist natürlich einerseits schwierig für die Große Koalition, aber es ist auch, wenn wir an unsere eigene Position denken, ein Positivum. Bewunderungswert ist nur, wie es diese Partei versteht, das nach außen hin abzuschirmen und beinahe total zu verbergen. (*Zuruf*: Das liegt an der fünften Macht!) Natürlich! Sie nehmen mir das Wort von der Zunge. Das wäre so, wie wenn die CDU eine weit verbreitete Presse hätte, die sie unterstützt, die sie lobt, die verkleistert, obwohl sie eine ganz andere Politik machen will als die der CDU. Und die haben wir eben nicht. Hier haben wir auch noch ein Problem. Viele der Zeitungen, die gegen diese fünfte publizistische Macht stehen – das ist nicht nur die Springer-Presse, um einen Arbeitstitel zu nehmen –, sind keineswegs ohne weiteres für diese Politik. Da gibt es noch allzuviel Gewöhnungen an bequeme Formeln von ehemals usw. Und mit dem hat man sich auch auseinanderzusetzen. Das sind diejenigen – ich will jetzt keine Zeitungen nennen, ich habe über das Wochenende einige sehr deutliche Aussprachen mit einigen der leitenden Männer dieser Richtungen gehabt –, die sagen: „Politik gescheitert“ oder „Ohrfeigen statt Umarmungen“. Als ob wir je Umarmungen erwartet hätten! Das sind dann unsere publizistischen „Bundesgenossen“. Im Endeffekt ist es so: Wenn wir nicht die brave Heimatpresse hätten, die schon Konrad Adenauer geholfen hat, dann hätten wir überhaupt keine Presse. So ist es leider. Trotzdem schätze ich das nicht allzu schwierig ein. Wir werden wieder geordnete normale wirtschaftliche Verhältnisse, wenn auch wahrscheinlich mit geminderten Wachstumsraten, als wir sie in den vergangenen Jahren gewöhnt waren, bekommen.

Wir werden strukturpolitisch noch Eindrucksvolles zu tun bekommen, wobei ich sagen möchte, die CDU – und hier ist eine günstige Gelegenheit – muß die Behandlung der Fragen von Kohle und Stahl und Energie auf ihre Schultern nehmen. Hier ist die SPD durch viele Dinge gehemmt. Sie ist nicht recht aktionsfähig. Ich habe deshalb unseren Freund Duffhues gebeten, hier als ein bedeutender Repräsentant unserer Partei aus jenem Gebiet, nämlich Westfalen, mein Berater zu sein; was nicht heißt, daß ich alles das tun werde, was er sagt, aber doch das, was ich vernünftig finde. So ist es ja ein richtiges Verhältnis zueinander. Ich wollte einen führenden Mann der CDU aus Westfalen herausstellen, mit dem wir zusammen diese Dinge angehen; denn, meine Damen und Herren, es könnte sein, daß bei der nächsten Bundestagswahl das Ruhrgebiet zu dieser Frage wieder aufs neue die Entscheidung bringt, oder eine Entscheidung, wie wir sie erwarten, verhindert. Das ist eine Sache, die ich anzugehen eisern entschlossen bin.

Ich bin nach wie vor der Meinung, die CDU soll sich die Sache der Wahlrechtsreform wirklich überlegen. Ich kann nur sagen, das ist eine der Entscheidungen, für die

eine Partei innere Kraft und Mut aufbringen muß. Wenn wir es tun und wenn es uns gelingt, sie auch durchzuführen, dann kann keiner mit Sicherheit sagen, wie das im Jahre 1973 aussehen wird. Es soll eine vernünftige Lösung sein, die nicht einfach die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts in Reinkultur mit sich bringt, sondern ein Wahlrecht, von dem man erwarten kann, daß es die Chance gibt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit eine Partei bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit erringen kann. Wenn wir das schaffen würden, wäre das eine große Sache. Ich bin überzeugt, sie würde auf die Dauer auch zu unseren Gunsten sein. Ich habe oft gesagt: Ich weiß, daß das eine gewisse Beeinflussung des Charakters dieser Parteien bedeutet. Wir absorbieren alle möglichen anderen Kräfte. Ich hatte eben einen Mann zu würdigen, der im Jahre 1960 zu uns kam, der sich aber im Jahre 1949 noch nicht in der Lage gesehen hätte, Mitglied der CDU zu sein. Es haben sich jetzt schon durch diese Absorption Entwicklungen ergeben, die man früher nicht voraussehen konnte.

Ich sagte schon, wir werden geordnete wirtschaftliche Verhältnisse bekommen. Ich will nicht den Propheten spielen. Ich bin der Meinung, daß wir konjunkturpolitisch tatsächlich noch etwas zu tun haben; im Gegensatz zu manchen unserer politischen Freunde, die meinen, man könnte die Dinge schon wieder laufen lassen. Aber nehmen wir dies nicht allzu wichtig. Wir haben ja alles, was wir getan haben, sorgfältigst abgestimmt mit der Bundesbank. Wir werden die öffentlichen Finanzen in den kommenden Jahren unter Kontrolle halten. Es steht uns noch die schwierige Aufgabe bevor, mit den Ländern einen vernünftigen Modus vivendi zu finden für die Finanzverfassungsreform. Ich bringe da einige Erfahrungen mit. Ich gehe ganz unbefangen an diese Lösung heran. Ich bin überzeugt, daß wir eine Lösung finden werden, die vielleicht manchem nicht gefällt, weil sie nicht chemisch rein ist oder weil sie nicht zentralistisch genug ist, aber die Länder haben ja selbst den Willen, daß das Ganze eine gute Arbeit wird. Das sind vor allen Dingen die Finanzverfassungsreform und eine bessere Kooperation als bisher, eine Kooperation, die nicht nur Stückwerk bleibt, das Stabilitätsgesetz usw. Deswegen bin ich dafür, Herr Kollege Röder, daß wir auf dem Gebiete der Mittelfristigen Finanzplanung einen Modus finden, wie er aus dem Bundestag vorgeschlagen worden ist.

Wenn wir das schaffen bis 1969, dann ist uns eine ganze Menge gelungen. Ich habe keinen Zweifel, daß ich schließlich doch sagen kann, daß das im wesentlichen zugunsten der CDU/CSU ausgehen wird. Eines bitte ich zum Schluß, und zwar auf das dringlichste. Wir alle geben ständig Anlaß zur Kritik. Der Kanzler, die Mitglieder der CDU, im Kabinett, in den Fraktionen, also wir alle. Wir müssen uns eben miteinander auf die richtige Art verständigen.

Was ich jetzt sage, geht nicht an die Adresse unseres Freundes Barzel – der sich in den vergangenen Monaten höchst hilfreich bemüht und in der Fraktion eingesetzt hat, auch in dieser schwierigen Frage der Sondersitzung³², die nach unserer Meinung ein-

32 Sondersitzungen des Bundestags am 6. und 8. September 1967 zur Debatte über die Finanzplanung des Bundes 1967 bis 1971, vgl. Sten.Ber. 5. WP 119. und 120. Sitzung S. 5953–6052, S. 6069–6098. Vgl. auch „General-Anzeiger“ vom 2. August 1967 „Bundestag zu Sondersitzung einberufen“.

fach notwendig war für unsere Wirtschaft –, sondern gegen das Phänomen Helmut Schmidt. Helmut Schmidt ist ein gescheiter Mann, der sich aber ein wenig in die Rolle des Gegenspielers zur Regierung hineinsteigert. Daß das so kommen würde, war mir von Anfang an klar, wenn man ihn kennt und weiß, wie enttäuscht er war, als er den von ihm gewünschten Platz im Kabinett nicht bekommen hat. Deshalb ergreift er gern jede Gelegenheit, um gegen die Regierung öffentlich aufzutreten. Ich habe Berichte aus Amerika, wonach er dort nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die SPD-Minister im Kabinett zu Felde gezogen ist, und zwar erstaunlicherweise in der Frage der Ostpolitik, wo wir nicht genug entschlußfreudig seien.³³ Das hat mich nachdenklich gemacht; denn ich habe ihn ein wenig anders eingeschätzt. Solche Bemerkungen wie das Geschrei um den Atomsperrvertrag, auch in Washington, sind sehr gefährlich.

Zu der vielleicht mit Recht beanstandeten Arbeitsweise der Regierung muß ich sagen, es ist gar kein Zweifel, wir haben das Parlament im Sommer in eine schwierige Lage gebracht. Das war mir völlig klar. Wir haben ja vorher Unterhaltungen geführt. Ich war fest entschlossen, diese eine Notwendigkeit, die sich damals ergab, unter keinen Umständen etwa zur Methode werden zu lassen oder zu wiederholen. Nun kam nach den Ferien die große Klage aus allen Fraktionen, daß zehn Große Anfragen³⁴ bei der Regierung lägen, die nicht beantwortet seien. Ich kann im Augenblick nicht – ich habe eine Untersuchung laufen – beurteilen, wo hier wirklich Säumigkeiten vorliegen.

In dem einen Fall, der die unmittelbare Auslösung gab – das ist Ihre Sache, Herr Kollege Stoltenberg –, war es so, daß ich sagte: Die Sache ist mir wichtig genug. Ich möchte sie gern im Parlament haben. – Ich wußte aber gar nicht, Herr Kollege Barzel, daß man damit gerechnet hatte, diese Sache werde in dieser Woche im Parlament behandelt. Es war bedeutsam genug, das im Kabinett zu behandeln. Sonst brauchen die Großen Anfragen nicht durch das Kabinett zu laufen; sie sind Angelegenheiten der Ressorts im Rahmen ihrer Selbständigkeit. Nur da, wo Richtlinienfragen berührt werden, müssen sie ins Kabinett, oder wenn eine größere Anzahl von Kabinettsmitgliedern beteiligt ist, kann es sich empfehlen, nicht nur diese Kollegen zu beteiligen, sondern auch das gesamte Kabinett. Ich kann also jetzt kein Urteil darüber abgeben, wie es damit steht.

33 Schmidt hielt sich am 21. September 1967 zu einem Kurzbesuch in den USA auf. Er sprach sich bei seinen Gesprächen im US-Außenministerium dafür aus, „auch im deutschen Volke mehr Bereitschaft zu wecken, ‚Realitäten‘ ohne Überschätzung der eigenen Möglichkeiten zu sehen“ (dpa vom 22. September 1967). Bei einem Mittagessen habe er sich gegenüber Robert Kennedy und Claiborne Pell negativ über die Ostpolitik von CDU/CSU geäußert und die „neue Ostpolitik“ der SPD zugeschrieben (Gesandter Georg von Lilienfeld an Kiesinger vom 25. September 1967 in ACDP 01–226–006).

34 Vgl. „General-Anzeiger“ vom 4. Oktober 1967 „Kritik an Kabinettsarbeit. Bundestag beendet Ferien“; „Schwäbisches Tagblatt“ vom 4. Oktober 1967 „Anstoß am Kanzlerurlaub“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 5. Oktober 1967 „Regierung wehrt sich gegen die Vorwürfe des Parlaments“. Der Ältestenrat des Bundestags hatte die zögernde Beantwortung von Großen Anfragen durch die Bundesregierung kritisiert, vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I vom 4. Oktober 1967.

Ich habe mit diesem Problem schon einmal zu tun gehabt in Stuttgart. Dort war es so, daß diese Anfragen zu einer Landplage geworden waren. Meine Kabinettskollegen haben dort einfach gemeutert und gesagt: Wir sind auf Wochen hinaus festgelegt in unserer Arbeit wegen Beantwortung dieser Anfragen. – Allerdings hatte das andere Qualitäten. Das waren Wichtigtuereien einzelner Abgeordneter, während es sich hier um größere politische Komplexe handelt. Ich kann nur sagen, Herr Kollege Barzel, ich werde alles tun, daß das in der Zukunft so läuft, wie es laufen muß, und das die Würde des Parlaments und seine Arbeitsnotwendigkeit respektiert wird. Ich hoffe, daß wir auch hier zu einem Modus vivendi kommen, bei dem eben auch die Arbeitslage der Ressorts genügend berücksichtigt wird. Das ist alles in Ordnung. Und dagegen habe ich auch nicht empfindlich reagiert, mit keinem einzigen Wort. Wenn die Fraktion darüber klagt, dann muß das eben untersucht werden, und wir müssen es miteinander in Ordnung bringen. Ich habe mich nur gewehrt gegen diese Frechheit von Herrn Frehsee³⁵, das mit der einzigen Urlaubswoche zusammenzubringen, die ich mir vorgenommen hatte, wobei ich schon von vornherein unterbrechen mußte, weil ich dem Wirtschaftskabinettsvorsitzen mußte. Ich konnte ja Herrn Schiller bei der Besprechung des Leber-Planes – der ja hier Antipode von Schiller ist – nicht den Vorsitz überlassen. Außerdem hatte ich Herrn Desai³⁶ und noch einige ausländische Besucher zu empfangen.

Es ist einfach eine Frechheit gewesen. Die Leute wissen ganz genau, daß ich praktisch in diesem Jahr keinen Urlaub hatte und daß es daran auch gar nicht liegt. Aber auch hier wieder diese Presse! Helmut Schmidt hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und hat sich in der Fernsehsendung mit Dr. Barzel – wahrscheinlich etwas zähneknirschend, aber gemütlich mit der Zigarre – geäußert.³⁷ (*Barzel*: Ich habe mich an der Zigarre festgehalten und gesagt, das ist Anlaß zur Wut über die Säumigkeit der Bundesregierung!) Vorsicht! Vorsicht! Dazu wäre ein Wort zu sagen. Aber Helmut

35 Heinz Frehsee (1916–2004), Landwirt; Mitgründer der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, 1953–1976 MdB (1967–1973 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1973–1977 MdEP. – Frehsee hatte darauf hingewiesen, daß durch die Verzögerung der Behandlung der Großen Anfragen das Parlament in Zeitnot gerate, vgl. Anm. 34. Vgl. auch „Bonner Rundschau“ vom 4. Oktober 1967 „Zweite Halbzeit für das Parlament“; dpa vom 5. Oktober 1967 „CDU-Bundesgeschäftsführer gegen ‚kleinkarierte‘ Kritik am Kanzler“; „Rheinische Post“ vom 5. Oktober 1967 „Kiesinger hatte nur ‚sogenannten‘ Urlaub“. – Kiesinger hielt sich vom 1.–4. Oktober 1967 in Bebenhausen auf und kehrte am 5. Oktober nach Bonn zurück, u. a. zur Sitzung des Wirtschaftskabinetts. Am Abend kehrte er nach Bebenhausen zurück, vgl. ACDP 01–226–320.

36 Morarji Ranchhodji Desai (1896–1995), indischer Politiker; 1918–1930 Tätigkeit im britisch-indischen Verwaltungsdienst, 1952–1956 Chef-Minister des Bundesstaates Bombay, 1956–1963 Finanzminister, 1957–1979 Mitglied des Parlaments, 1967–1969 Finanzminister und Vizepremier. – Ein Treffen mit Desai fand erst im Rahmen von Kiesingers Besuch in Indien am 20.–22. November 1967 statt. Am 5. Oktober 1967 traf sich Kiesinger mit dem jamaikanischen Ministerpräsidenten Hugh Lawson Shearer (ACDP 01–226–320), am 11. Oktober mit Jean Monnet (AAPD 1967 Nr. 345).

37 Schmidt kritisierte in der Sendung „Bericht aus Bonn“ am 6. Oktober 1967 die Bundesregierung und forderte sie auf, künftig im Vergleich zum Parlament schneller zu arbeiten. Vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I Nr. 233/67 vom 7. Oktober 1967.

Schmidt hat es sehr viel gröber gesagt. Er hat auf die Frage, soll die Regierung rascher und konzentrierter arbeiten, sofort erklärt: Was die Regierung in diesen Monaten getan hat, läßt sich durchaus sehen. Darum geht es aber nicht. Es geht um das Verhalten der Regierung dem Parlament gegenüber in der Beantwortung der Großen Anfragen usw. – Also gut, daß müßte man hinnehmen. Aber die Presse hat das weggestrichen und nur das gebracht, was die FDP wollte, die auf Entschlußlosigkeit usw. hinausging.

Herr Kollege Barzel, ich würde lieber abwarten an Ihrer Stelle, was bei der Untersuchung der Dinge herauskommen wird. Von den zehn Großen Anfragen sind die zur Verteidigung ausgeschieden. Für die Außenpolitik habe ich mich, als ich gefragt wurde, sofort bereit erklärt, die Dinge vorzuziehen. Das scheidet ebenfalls aus. Von dem, was übrigbleibt, müßte man einmal untersuchen, wo mußten die Länder gehört werden? Lag es daran oder nicht daran? Wie war die Belastung?

Es ist an sich nicht meine Sache, Große Anfragen, die von einem Ressort beantwortet werden, zu kontrollieren. Es gibt eine Ressortselbständigkeit. Lange war es anders; aber da es zu solchen Unzuträglichkeiten gekommen ist, führe ich jetzt einen Kalender der Großen Anfragen und werde durch den Parlamentarischen Staatssekretär³⁸ – wie ich es auch in Stuttgart gemacht habe – überprüfen lassen, wie die Dinge stehen, damit ich mit unserer Fraktion und mit den anderen Fraktionen darüber sprechen kann. Also, wie immer es gewesen sein mag, das eine ist ganz klar, hier müssen wir Ordnung schaffen.

Ich habe eben gesagt, wie die Sache in die Presse gelangt ist. Für Helmut Schmidt, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel – das möchte ich Ihnen, Herr Barzel, sagen –, ist das nicht nur eine berechtigte objektive Klage über das Verhältnis Parlament : Regierung, sondern für ihn ist das wiederum ein Anlaß, von da her über die Regierung – und dabei über die CDU und den Bundeskanzler – herzuziehen. Ich darf noch einmal sagen, es ist nicht meine Sache, diese Großen Anfragen zu beantworten. Aber ich will mich gerne einschalten. Ich will gern das Meinige tun. Solche Dinge öffentlich auszutragen, ist nur ein Anlaß gegeben, wenn man zugunsten der eigenen Partei – wie es Schmidt getan hat, Sie haben es nicht getan –, Vorteile einheimen will. (*Unruhe. – Barzel: Die Säumigkeit, Herr Bundeskanzler!*) Herr Barzel, das ist ein Problem bei Helmut Schmidt! (*Barzel: Das bestreite ich doch gar nicht, Herr Bundeskanzler!*) Na also! (*Barzel: Ich möchte gern ein Wort dazu sagen!*) Gut! Sie kommen ja zu Wort! Ich sage es aber hier! Das heißt mit anderen Worten, unsere Leute wissen, was da geschieht. Wenn wirklich ernsthaft Grund zur Klage besteht, macht man das miteinander aus. Sie haben im Fernsehen alle die Argumente mit aufgeführt zugunsten der Regierung, die aufgeführt werden konnten.

Mir geht es hier in diesem Falle darum, die Dinge in Ordnung zu bringen und vor allen Dingen zu verhindern, daß das von der SPD und von der FDP ausgenutzt wird. Sie sehen ja die Nuancen! Helmut Schmidt hat sich noch einmal korrekt verhalten. Er hat zwar gedonnert, aber er hat korrekt gesagt: Die Regierung hat etwas ganz Erkleckliches

38 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg.

geleistet. – Aber in der Presse stehen dann Meldungen, und zwar Aufmacher im „Münchener Merkur“, Aufmacher in der Südwest-Presse, Aufmacher da und dort: „Schwere Angriffe der Fraktion und des Bundestags gegen die Bundesregierung, insbesondere gegen Bundeskanzler Kiesinger.“³⁹ So erschienen die Dinge, und sie erschienen nicht von ungefähr so. Wir müssen wissen, daß diese Leute mit allen Waffen kämpfen. Deshalb wird es notwendig sein, auch mit Helmut Schmidt und mit den Leuten der Baracke ein deutliches Wort zu sprechen.

Wenn die FDP das sagt, kann ich ihr das natürlich nicht übelnehmen. Wir befinden uns in einer Phase, in der diese Dinge geklärt und berichtigt werden müssen. Ich gestehe, ich bin etwas in Sorge über die kommende außenpolitische Aussprache. Ich habe mir lange überlegt, ob ich hier ein Machtwort sprechen und selbst die Außenpolitik vortragen sollte. Ich werde es nun so machen, weil es sonst wieder einen heillosen Krach gibt: Der Bundeskanzler nimmt dem Außenminister das weg, was diesem zusteht, – daß ich versuchen werde, ihn so kurz wie möglich zu halten, und zwar werde ich in der Aussprache selbst mit einem außenpolitischen Beitrag eingreifen.

Meine Damen und Herren! Ich habe etwas lange gesprochen, aber ich meine, es war notwendig. (*Lebhafter Beifall.*) Der Herr Bundestagspräsident zur Geschäftsordnung!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die Zeit schon sehr weit vorgeschritten ist. Wir haben heute nachmittag Bundesausschußsitzung. Es wäre deshalb gut, Herr Bundeskanzler, wenn wir uns auf einige wenige Themen konzentrieren würden. Wenn ich die Partei recht verstehe, gibt es ein gewisses Unbehagen an der Situation, in der wir uns befinden. Ich will das aber nicht vertiefen, sondern nur zur Geschäftsordnung sprechen. Ich schlage vor, daß wir jetzt diese Fragen, lieber Freund Barzel, über das Parlament hier an diesem Tisch nicht weiter verhandeln. Das können wir im Präsidium machen. Ich habe den Eindruck, daß es ganz wichtig ist, daß diejenigen unserer Freunde, die verhältnismäßig selten zu uns kommen, die Möglichkeit bekommen, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, z. B. zu dem Charakter unserer Deutschland- und Ostpolitik. Das sind einige Fragen, auf die wir uns einrichten müssen; ich denke auch an das Wahlrecht. Machen wir in dieser Legislaturperiode etwas? Oder machen wir nichts? Soll man es, oder soll man es nicht? Ich muß sagen, ich bin völlig ungewiß. Ich weiß gar nicht, Herr Bundeskanzler, soll man Kurs darauf halten in unserer Arbeit oder nicht? Diese Fragen sollten wir besprechen.

Kiesinger: Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte gern, Herr Bundeskanzler, ein paar Worte sagen. Ich habe nicht die Absicht, jetzt zu berichten. Es ist in der Tat so, daß in allen Fraktionen des Hauses Klage geführt wird über die Zusammenarbeit mit der Regierung. Das ist ein Thema, daß es immer gibt. Daß das zum Ausdruck kommt in der ersten Woche nach den Ferien, ist ganz klar wegen der Strangulation des Parlaments, die wir alle bedauert haben. Er-

39 Vgl. „General-Anzeiger“ vom 15. September 1967 „CDU mit Kiesinger unzufrieden“; „Welt“ vom 1. August 1967 „Warnsignale für den Kanzler“; „Bonner Rundschau“ vom 28. Juli 1967 „Der gefährliche Sommer in Bonn“; „Schwäbische Zeitung“ vom 26. Juli 1967 „Die Große Koalition wird unruhig“.

stens wegen der Sondersitzung und zweitens, weil es in diesem Hause natürlich langweilig wird, nun im zweiten Jahr dieselben Ausgaben zu streichen. Ich habe in der Fraktion, im Fraktionsvorstand und in der Öffentlichkeit die Bundesregierung und insbesondere den Kanzler verteidigt. Die Argumente, die zur Verteidigung gefunden worden sind, hat Herr von Hase von mir vorher telefonisch bekommen.

Nun habe ich einen Zuruf gemacht und gesagt, die Regierung sei säumig. Daraufhin haben Sie mich gebeten, dies zu begründen. Ich will das in drei Punkten tun und meine Meinung dazu sagen. Ich mache es ganz kurz.

1. Die wichtigste Gesetzgebung ist jetzt die Finanzverfassungsreform. Es war verabredet, daß sie im Herbst im Deutschen Bundestag zur Ersten Lesung kommen soll. Sie wird aber frühestens im Februar stattfinden.⁴⁰ Es gibt nicht einmal Verhandlungen des Bundesministers der Finanzen mit den Koalitionsfraktionen. Es ist der Eindruck entstanden, als sei dies nur eine Sache zwischen den Ländern und der Regierung. Es muß dies auch mit den Parteien dieses Hauses erörtert werden; denn die Finanzverteilung ist eine Sache, die nicht nur die Länder angeht. Dies ist ein Monitum direkt an den Bundesminister der Finanzen, der überhaupt, wenn er nicht aufpaßt und den Kontakt weiter verliert zu den Kollegen in seinem Bereich, damit rechnen muß, daß er Schwierigkeiten bekommt, wie wir sie bei der Mehrwertsteuer gehabt haben.

2. Die Frage der Notstandsgesetzgebung! Wir alle wissen, daß das die Frage ist, die, wenn sie die Große Koalition nicht zustande bringt, den Staat erschüttert, weil wir dann keine Mehrheit haben. In der Notstandsgesetzgebung fehlen – so Herr Schmidt in einem Brief an Sie⁴¹, und man kann diesem Brief im Ton widersprechen, aber nicht dem Inhalt – einige Gesetze, die die Bundesregierung noch vorlegen sollte. Das benutzt die SPD, um die Hearings zu verzögern. Jede Woche, die wir hier verlieren, macht die Verabschiedung schwieriger. Ich möchte beklagen, daß wir hier durch zu langsames Verhandeln der bürokratischen Stellen der Bundesregierung Schwierigkeiten bekommen.

Drittens bitte ich Sie um Verständnis, Herr Bundeskanzler, zu den Großen Anfragen. Ich bitte Sie, sich eine Sekunde lang in die Rolle des Parlaments zu versetzen. Wir haben Ende Juni an diesem Tisch die Entscheidung getroffen: Das Parlament wird in der letzten Oktoberwoche die Gesetze bekommen, weil es so schwierig war, sie zu formulieren innerhalb der Ministerien. Wir haben dann, Herr Bundeskanzler, wenn zum 1. Januar das Gesetz in Kraft treten soll – es muß auch noch durch den Bundesrat und eventuell den Vermittlungsausschuß –, im Bundestag drei Wochen Zeit, um 22 Änderungen zu machen, z. B. die Pflichtversicherungsgrenze usw. Wir haben deshalb mit unserer

⁴⁰ Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)“ am 8. Mai 1968 im Bundestag (Drs. V/2861 vom 30. April 1968), vgl. Sten.Ber. 5. WP 171. Sitzung S. 9145–9205.

⁴¹ Gemeint vermutlich das Schreiben von Brandt an Kiesinger vom 28. August 1967, vgl. Helga GREBING/Gregor SCHÖLLGEN/Heinrich August WINKLER (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974. Bonn 2001 Nr. 11 S. 137 f. – Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung“ vom 8. September 1967 „Brandt erinnert an Notstandsgesetze“; dpa vom 3. Oktober 1967 „Helmut Schmidt fordert schnelle Vorlage der einfachen Notstandsgesetze“.

Fraktion einen Weg gefunden, der uns ermöglichen wird, in dieser kurzen Zeit fertig zu werden. Als wir mit diesem Vorschlag an den Koalitionspartner herantraten, hat er uns erklärt, er könne keinerlei Erklärungen darüber abgeben, daß diese Gesetze verabschiedet würden. Daraufhin haben wir Herrn Schmidt so richtig in die Mangel genommen, und dann hat er sich jetzt wegen unserer Koalitionsgespräche entsprechend verhalten müssen. Trotzdem, Herr Bundeskanzler, kann zu dieser Stunde kein Mensch eine Garantie dafür geben; denn es wird sich hier in der Frage der Ausschußüberweisung alles entscheiden. Wir kriegen es durch, wenn der Haushaltsausschuß zuständig ist. Sind die 13 Ausschüsse zuständig, dann ist die Sache nicht zu schaffen.

Herr Bundeskanzler! Ich will zu den anderen Sachen jetzt nichts sagen, die in der Koalition schwierig sind, worüber wir noch sprechen müssen miteinander. Ich muß als Letztes sagen, wir beklagen uns, daß wir aus den Ministerien nichts mehr hören. Es ist so, daß wir aus dem Auswärtigen Amt nichts mehr hören; aus dem gesamtdeutschen Ministerium absolut nichts. Das ist bekannt. Wir beklagen auch, daß wir vom Ministerium der Finanzen nicht in der richtigen Weise unterrichtet werden. Das sind alles keine Vorwürfe an den Bundeskanzler. Ich möchte deshalb einen Satz noch sagen, Herr Bundeskanzler. Wenn Sie selbst heute ausgeführt haben, daß seit dem Frühjahr die Sozialdemokraten, unterstützt vom DGB, eine Kampagne eingeleitet haben, um sie abzuwerten – so haben Sie es formuliert –, dann ist das völlig korrekt. Wir sollten alles tun, uns dagegenzustellen. Was die Fraktion dabei zu tun hat, Herr Bundeskanzler, das geschieht wirklich. Es ist auch eine Überlegung über das notwendig, was wir neulich in einem Gespräch erörtert haben. Ich will mich auf diese Bemerkung beschränken, Herr Bundeskanzler, weil das zu dieser Stunde wohl ausreichen wird.

Kiesinger: Das Wort hat Herr Kollege Röder.

Röder: Herr Bundeskanzler! Ein kurzes Wort zu unserer Situation in der Bundesregierung und den parteipolitischen Auswirkungen in der Öffentlichkeit, soweit ich das von meinem Lande aus beurteilen kann. Ich folge dabei einer Bitte von Herrn Gerstenmaier. Gestern abend hat Herr Schütz im Fernsehen gesagt, bisher hätten die Mitglieder der SPD in der Bundesregierung nur reden können, inzwischen seien sie aber vorbereitet, um demnächst auch handeln zu können.⁴² (*Kohl:* Um ihr Handeln sichtbar zu machen!) Beim letzten „Internationalen Frühschoppen“ im Fernsehen hat Herr Gross⁴³ vom Deutschlandfunk gesagt, es sei wohl nicht zu bestreiten, daß das Gute in der Bundesregierung doch wohl von der SPD komme. (*Kiesinger:* Herr Gross ist eine ganz giftige Kröte! Er ist einer von denen; CDU natürlich! – *Starke Unruhe und Bewegung.* – *Gerstenmaier:* „Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land der legalen Korruption“,

42 Fernsehsendung mit Werner Höfer (1913–1997).

43 Johannes Gross (1932–1999), Journalist; 1955–1959 Abteilungsleiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1959 Bonner Korrespondent der „Deutschen Zeitung“, 1962–1968 stv. Direktor des Aktuellen Programms beim Deutschlandfunk, 1968–1974 Chefredakteur und stv. Intendant der Deutschen Welle, 1974 Chefredakteur und 1980–1999 Herausgeber des „Capital“, 1983–1994 Vorstandsmitglied des Verlags Gruner&Jahr.

hat dieser Bursche gesagt. Was ist denn das? – *Anhaltende starke Unruhe.* – *Kiesinger:* Man muß wissen, wer der Mann ist und warum er so ist. Ich weiß es.)

In der Zwischenzeit hat die SPD sich in ihrer Rolle zurechtgefunden, um sich in der Öffentlichkeit entsprechend bemerkbar zu machen. Das liegt natürlich auch daran, daß sie die in der Öffentlichkeit wirksameren Ministerien innehat. Nehmen Sie das Außenministerium mit Herrn Brandt, das gesamtdeutsche Ministerium mit Herrn Wehner, das Verkehrsministerium mit Herrn Leber und das Wirtschaftsministerium mit Herrn Schiller. Alles das, was unter Ihrer Führung durch die Bundesregierung an Positivem und Erfreulichem in den nächsten Monaten herauskommt, das geht dann doch zugunsten dieser Herren, die sagen, wir haben in der Wirtschaftspolitik durch Herrn Schiller die Dinge wieder in Ordnung gebracht, die durch die CDU in der Vergangenheit so vernachlässigt worden sind.

So erscheint Herr Schiller jeden Tag im Fernsehen. Und wenn auch Sie als Bundeskanzler unterstreichen, daß Sie der Meinung sind, daß die Konjunktur wieder anzieht, und daß es besser wird, dann fällt davon der wesentliche Anteil nicht auf Sie, sondern eben auf Herrn Schiller. (*Zuruf:* Nicht jeden Abend tritt er im Fernsehen auf! – *Kiesinger:* Lieber Herr Röder, das Volk sieht es aber doch nicht so. – *Starke Unruhe.*)

Auch beim Verkehr ist es so. Wenn man den Leber-Plan lobt, auch psychologisch gesehen, und sagt, daß es besser werden soll oder wird aufgrund des Leber-Planes, dann spricht das in der Öffentlichkeit für den SPD-Mann Leber. Und wenn man in der Außenpolitik und in der Deutschland- und Ostpolitik den Grundsatz der Beweglichkeit vertritt, natürlich maßvoll, dann kann es nicht ausbleiben, daß diejenigen, die in der Öffentlichkeit als die Beweglichsten gelten, auf jeden Fall auch als die Tüchtigeren angesehen werden. Ich brauche nur auf die Gefahr hinzuweisen, in der wir uns parteipolitisch befinden.

Wenn Sie sich die Ressorts ansehen, die unsere Freunde im Kabinett innehaben, die sicher nicht Personen mit minderer Qualität sind, dann ergibt sich schon von daher, daß z. B. Herr Strauß nicht viele Freunde findet, wenn er Abstriche machen muß in allen Bereichen; wenn unser Freund Lücke jetzt die Notstandsgesetzgebung durchbringen muß, dann kann er damit in der Öffentlichkeit keinen Blumenpott erben. Weiter muß unser Freund Heck einige Minderungen hinnehmen im Familienausgleich. Das ist nicht leicht. Ich könnte mich also dranhalten. Von daher hat es die SPD sehr leicht unseren Ressorts gegenüber, um zu sagen: Wir vertreten die Interessen des kleinen Mannes. – Und das macht doch gerade die Situation so außerordentlich schwierig.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht gefragt, wie kann man das ändern, zumal Sie die Presse nicht auf Ihrer Seite haben, wie ist es möglich, in der Zukunft – ich hoffe, daß sich die Dinge positiv entwickeln – zu verhindern, daß diese positive Entwicklung zugunsten der SPD läuft? Nun, es kommt darauf an, das in der Öffentlichkeit deutlicher für uns zu machen. Im Augenblick erscheint die CDU noch in diesem Aufwärtstrend – Sie haben selbst darauf hingewiesen –, auch in der Außen- und Deutschlandpolitik, immer noch als die bremsende, die eigentlich schuld daran ist, daß es nicht noch schneller und besser geht. Das ist ein fataler Eindruck, der sich in der deutschen Öffentlichkeit

festsetzen könnte, der sich – wie die SPD hofft – bis 1969 noch weiter verstärken kann. Nehmen Sie Herrn Schütz, der sagt: Wir werden demnächst mit einem Programm und mit Tatbeständen aufwarten können als SPD. – Wir werden also als CDU bei den Bundestagswahlen 1969 große Schwierigkeiten bekommen können.

Ich wollte das, was Sie ausgeführt haben, nur noch unterstreichen. Wenn ich aber Ihren Widerspruch gefunden habe, so habe ich gar nichts dagegen. Das muß so sein an diesem Tisch, daß diejenigen, die von außen kommen, auch einmal den Widerspruch derjenigen hervorrufen, die in Bonn an der Zentrale sitzen; denn ich bin verpflichtet, das, was ich nun jeden Abend in meinen Parteiversammlungen höre und womit ich mich herumzuschlagen habe, auch an diesem Tisch zu sagen und zur Diskussion zu stellen.

Kiesinger: Wir kriegen diesen Effekt, den Sie wollen, nur dann, wenn wirklich meine Partei zu mir steht, zum Kanzler. Wenn der Eindruck erweckt wird, der Kanzler ist in einer unbehaglichen Position zwischen SPD und CDU, er will manches, was seine Partei nicht mitmacht, er muß manches bremsen, was er gerne machen würde, weil seine Partei ihn dazu zwingt – so wurde ja veröffentlicht –, so ist das schlimm.

„Das ist die Regierung Kiesinger, und was in dieser Regierung gemacht wird, wird von dem CDU-Kanzler gemacht nach seinen Richtlinien.“ Das muß die Äußerung der Partei nach allen Richtungen sein. Es sollte nicht so sein, daß unsere Parteifreunde hinter vorgehaltener Hand etwas sagen. Sie müssen doch wissen, meine Herren, was hier in Bonn vor sich geht. Die Presse hier in Bonn lacht mir doch geradezu ins Gesicht, wenn ich von der Einmütigkeit meiner Partei spreche. Sie sagt mir doch: Wir erfahren doch viel mehr als Sie. Wir haben doch unsere Beziehungen. – Bonn ist doch ein Klatschneest, wo jede Äußerung eines einzelnen hindringt, natürlich auch zu mir dringt. Ich weiß sehr viel mehr, als viele meinen. Herr Röder, dieses Klatschen dringt zu Herrn Gross. (*Zuruf:* Mit ihm reden!) Mit dem hat es gar keinen Zweck zu reden. Mit dem habe ich schon geredet. Es hat gar keinen Zweck, mit ihm zu reden, aus ganz bestimmten Gründen nicht. Glauben Sie mir, hier liegt die eigentliche Wurzel des Übels.

Die Journalisten sagen hier in Bonn: Wir sind nicht angewiesen auf die formelle Aussage vom Vorstand usw. Was los ist, was die CDU denkt zur Politik, zum Kanzler, zu dem und dem Minister, das erfahren wir im Bundeshaus unmittelbar. – Ich habe das vorhin nicht gesagt, aber jetzt sage ich es deutlich. So ist es nämlich, und wenn das nicht aufhört – ob dieser Prozeß zu stoppen ist, weiß ich nicht –, dann führt das zu ähnlichen Situationen, wie sie eintraten, um Ludwig Erhard zu stürzen.

Stellen Sie sich doch vor, warum so vieles in die Presse so und so kommt. Ich lasse die Leute zu mir kommen. Dann frage ich sie. Aber dann bekomme ich solche Antworten. Der Pressemann gibt seinen Gewährsmann äußerst selten preis. Aber er sagt mir, das ist zu hören da und da und da. Manchmal wird sogar der Gewährsmann preisgegeben. Das ist also eine furchtbare Sache.

Nun zu Ihrer Äußerung, Herr Röder! Unsere Leute draußen sind bei weitem nicht so pessimistisch, wie Sie sagen. Herr Schiller ist im Moment nicht so hoch oben, wie Sie etwa glauben. Lassen Sie mal demoskopisch nachfragen im Volk, wie hoch Herr Schil-

ler gesehen wird. Dann werden Sie erstaunliche Feststellungen machen.⁴⁴ Das ist die alte Sache mit einer bestimmten Schicht; dazu gehören mitunter auch unsere eigenen Freunde. In dem Augenblick, wo wir wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse haben, ist auch die Sensation vorbei. Aber sonst haben Sie natürlich recht, die SPD hat interessantere Ministerien. Sie ist dadurch insgesamt auch mehr im Gespräch. Ihre Ministerien sind aktueller. Das gilt z. B. für den Familienminister. Aber der Finanzminister hat keineswegs nur unangenehme Maßnahmen zu vertreten. Er weiß genau, wie stark er mit auf den Wirtschaftsprozeß einwirkt. Es wäre eine Frage, wie er diese Tätigkeit beleben könnte. Und unser Freund Schmücker! Ja du lieber Himmel, wir haben ihn ins Kabinett genommen, damit er uns helfen soll in den Fragen, wie weit kann man das und das in der Wirtschaft machen. Das hat er auch getan. Aber mit welcher Legitimation tritt er im Fernsehen auf? Das ist die Schwierigkeit.

Das Entscheidende liegt bei unserer Partei, bei unseren Parteifreunden. Haben Sie gelesen, wie unsere letzte Bundesvorstandssitzung in die Presse kam? Wir haben eine ganz klare und einmütige Vorstandssitzung gehabt. Die Presse schrieb: Aus Gesprächen hinterher ergab sich, daß doch eine ganz erhebliche Kritik am Kanzler usw. vorgetragen wurde.⁴⁵ – Glauben Sie, daß keine solche Gespräche hinterher geführt worden sind, Herr Röder? (Röder: Wenn, dann würde es mich nicht interessieren!) Augenblick, Herr Kollege Röder, Sie haben aber vorher von Johannes Gross gesprochen und ihn so wichtig genommen.

Was ich Ihnen sagen will, ist folgendes: Die Bonner Presse schreibt so, wie sie glaubt, aufgrund ihrer Informationen und Beziehungen schreiben zu können. Das ist das, was mir immer entgegengehalten wird. Wenn ich sage, das stimmt nicht, dann wird mir hohnlächelnd gesagt: Das wissen wir besser. – Das ist also die Situation. Aber im übrigen sind wir uns einig, Herr Kollege Röder. – Das Wort hat Herr von Weizsäcker.

Von Weizsäcker: Ich habe mit größtem Interesse dem zugehört, was gesagt worden ist, wie dieses oder jenes anzusehen ist, wie die Gewerkschaften in der Politik sind und was in der Presse strukturell nicht in Ordnung ist und welche Rückwirkungen in der Demoskopie sind. Trotzdem glaube ich, daß in diesem Kreis – in anderen Kreisen mag das anders sein – man der Empfehlung folgen sollte, uns stärker zu konzentrieren, um über diese Partnerpolitik zu sprechen. Ich glaube auch, daß die Hauptsorgen in bezug auf die Erfolge der jetzigen Regierung und der CDU damit umschrieben sind, daß eben die Substanz der Politik dieser Großen Koalition so gut wie möglich sein soll, und von daher auch in erster Linie der CDU nützen wird. Entschuldigen Sie, daß ich als Greenhorn solches hier sage.

Ich möchte gern, wenn Sie erlauben, an einigen Punkten einsteigen und dazu ein paar mehr von außen kommende Beobachtungen machen. Sie beziehen sich auf die Sorge um die Deutschland- und Ostpolitik. Ich möchte meinen, daß wir dann, wenn eine solche Sorge innerhalb der Partei besteht und darüber hinaus, diesen Gebieten etwa

44 Im Juli/August 1967 hatten 51% der Befragten eine gute Meinung von ihm, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 231.

45 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 19. Juli 1967 „CDU-Vorstand tadelt Kiesinger“.

bei Aktionsprogrammen oder auch Analysen wirklich größte Sorgfalt widmen und uns nicht darauf beschränken sollten, eine gewisse Stufenleiter von uns allen wohlbekannten Formulierungen aufzunehmen. Wir sollten nicht eingehen auf allerhand Fragen, die es in bezug auf solche Formulierungen gibt. Das würde also lauten in einem Programm, das jeder von uns vertreten würde: 1. Wir sind eine Nation. 2. Wir verlangen von den vier Mächten, daß sie bei Ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung bleiben. 3. Wir sind für Entspannung und die europäische Friedensordnung. 4. Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht, um zu einer gesamtdeutschen Regierung zu kommen.

Bis dahin ist es Recht und Pflicht von uns, alle Deutschen zu vertreten. Ich finde, daß in Ihrer Rede vom 17. Juni, Herr Bundeskanzler, diese Punkte schon sehr viel deutlicher, verständlicher und der Substanz nach weiter gedacht sind, als es so ist, wenn man einfach nur solche Formeln hintereinander ordnet, z. B. der Zusammenhang von europäischer Friedensordnung und Deutschlandpolitik. Sie sagen sehr klar: Nur der Weg der europäischen Friedensordnung ist ein Weg für das andere. – Das muß auch gesagt werden. Und was wir dazu zu sagen haben, gehört meiner Meinung nach auch in ein Aktionsprogramm. Ich kenne nicht das Aktionsprogramm in bezug auf dieses Kapitel. Ich möchte das noch hinzusetzen. Sie sprechen von der Größenordnung Deutschlands. Natürlich ist das ein wunder Punkt, den alle Leute aufgreifen, die um uns herum leben. Wir selber aber machen uns darüber zu unserem Schaden zu wenig Gedanken.

Wir sprechen darüber, worüber Gespräche und Kontakte möglich sind, und was das bedeutet für die Gefahr oder die Chance, wenn diese Regierung stürzt. Genau das muß besprochen werden. Das will ich an einem Punkt noch erläutern. Ich werde vielleicht nicht als klassischer Zeuge bezeichnet, aber ich bin Ihnen doch nicht unwichtig. Ich habe – das gehört zu meinen regelmäßigen beruflichen Aufgaben – regelmäßig in Ost-Berlin mit den Repräsentanten der evangelischen Kirche zu sprechen. Dort wird regelmäßig und systematisch über die Frage gesprochen, wie wir in der Bundesrepublik unsere Deutschlandpolitik formulieren. Das letzte Gespräch dieser Art hat vor wenigen Tagen stattgefunden, d. h. nach Ihrer zweiten Antwort an Stoph.⁴⁶ Vielleicht darf ich ein paar Punkte nennen, die da erörtert wurden. Der zweite Brief an Stoph wurde besonders positiv aufgenommen, und zwar positiver als der erste, weil er noch klarer und offener einerseits die Dinge in der Zukunft möglich macht und andererseits im Kernpunkt so eindeutig war, daß wirklich nichts weiter zu fragen war.

Der zweite Punkt! Daß es drüben nicht gelungen ist, den Begriff einer Nation zu verneinen, wie das noch vor neun Monaten geschehen ist, ist ein ganz wichtiger Erfolg, obwohl natürlich drüben uns immer wieder gesagt wird, wir sind noch eine Nation. Der Faktor Zeit spielt, wie jede Geschichte und wie auch unsere eigne Entwicklung der letzten 15 Jahre lehrt, eine deutliche Rolle.

Der dritte Punkt: Der zweite Stoph-Brief! (*Lebhafte Unruhe.* – *Kiesinger:* Herr Stoph hat es nicht eingeschränkt!)

46 Die Antwort auf den Stoph-Brief vom 18. September 1967 erfolgte am 29. September 1967. Vgl. AdG 1967 S. 13436; BULLETIN Nr. 106 vom 3. Oktober 1967 S. 909. – Willi Stoph (1914–1999), Maurer; 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrats der DDR.

Nein, nein, ich rede ja hier nur von internen Gesprächen. Diese internen Gespräche haben natürlich keinen wissenschaftlich repräsentativen Charakter. Immerhin aber ist die evangelische Kirche in der Zone unter allen nicht-staatlichen Informationsquellen wahrscheinlich die umfassendste. Die Leute bringen dann zwei Dinge in Verbindung und sagen: Noch deutlicher als vielleicht in den letzten zwei, drei Jahren können wir sagen, unter keinen Umständen eine Anerkennung. Die völkerrechtliche Fixierung würde nichts anderes bedeuten, als die Fehde und die Rivalität zu befestigen und den Umgang miteinander um nichts menschlicher machen. Aber gerade weil wir das so deutlich sagen, müssen wir auch dazu erklären: Wir brauchen keine Kontakte der Regierungsstellen zu fürchten, weil es sich nicht um normale diplomatische Auslandsbeziehungen handelt, sondern um Beziehungen innerhalb einer Nation, wenn auch zwischen zwei praktischen politischen Ordnungen. Gerade deshalb brauchen wir Kontakte nicht nur nicht zu fürchten, sondern wir müssen sie, wenn wir wissen, worüber, geradezu fördern.

Nun kommt der dritte Punkt, der am empfindlichsten klingt in unseren Ohren. Aber das sagen sie uns, je länger, desto deutlicher. Sie sagen: Jeder von uns muß handeln in dem Bewußtsein und in der Sorge, daß die Menschen im anderen Teil zustimmen können zu dem, was wir selber tun. Aber mit der Formel „Recht und Pflicht zur Vertretung des andern“ haben wir wirklich innere Schwierigkeiten. – Sie begründen das so: „Recht und Pflicht zur Vertretung des andern“ fordern die Möglichkeit, wie in jeder Demokratie, laufend ein Mandat zu erneuern. Selbstverständlich seid ihr mit unserem Mandat angetreten; selbstverständlich müssen wir auch unverändert in dieser Weise – wie von Ihnen beschrieben – an einem Strang ziehen, aber bitte nennt es nicht so. Nennt es nicht dem Namen nach „Recht und Pflicht zur Vertretung“ in einem Sinne, wo euch dann formell gesagt werden kann, die laufende Überprüfung dieses Mandates ist praktisch nicht möglich.

Das Zweite, was sie auch sagen, ist folgendes: Eure Formel, „wir wollen Selbstbestimmung zum Zwecke der Wahl einer gesamtdeutschen Regierung; bis dahin haben wir das Recht und die Pflicht zur Vertretung aller Deutschen“ ist eine Formel, die wir eurem Bundeskanzler und eurer Regierung durchaus abnehmen, aber vielen eurer Landsleuten nicht; denn sie ist eine Formel, mit der sie ohne weiteres bis zum Jüngsten Gericht leben können, aber wir nicht. Wir müssen festhalten an dem, was im Grundgesetz steht, daß es eine Nation gibt, daß wir aber heute nicht in einer Nation politisch geordnet leben, so daß wir nur in vorläufigen Ordnungen leben. Und wenn wir in vorläufigen Ordnungen leben, dann müssen wir auch in unseren Formeln der Beziehungen zueinander zum Ausdruck bringen, inwiefern eben der eine damit ohne weiteres immer weiterleben kann, der andere aber nicht. Wir verstehen vollkommen, daß ihr uns helfen könnt an Stellen, wo wir es nicht können. Wir verstehen vollkommen eure Pflichten, auf diesem Gebiet alles Mögliche zu tun, aber wenn Ihr euch nicht die größte Mühe gebt, genau zu definieren, worin diese Pflicht besteht, dann werden wir die Sorge haben, daß hinter eurer Formel des Alleinvertretungsrechts für die Bequemen unter euch auch die Möglichkeit besteht, sehr vergnügt zu sein, ohne daß etwas geschieht.

Ich weiß, daß dazu vielerlei gesagt worden ist, ich meine nur ... (*Kiesinger*: Ich habe versucht, in meiner Rede zum 17. Juni dazu etwas Entscheidendes zu sagen!) Herr Bundeskanzler, nur Ihre Formel „bis dahin haben wir das Recht und die Pflicht zur Vertretung aller Deutschen“ ist der Ausgangspunkt zu dem – was ich zu erklären versucht habe –, was die Leute sagen. Ich bin der Meinung, daß wir, je genauer wir in internen Gesprächen ... (*Kiesinger*: „Zu sprechen“ habe ich gesagt!) Gut! Selbstverständlich bedeutet die Nuance etwas. Ich will nur sagen, gerade diese Nuancen sind Sachen, von denen wir bei diesen Gesprächen immer wieder hören, daß sie ihnen ungeheuer wichtig sind; daß wir auch auf diesem Gebiet nicht einfach etwas präsentieren, ist die Voraussetzung dafür, daß Sie die nach meiner Meinung deutliche neue Kraft auch behalten, um offener von einer Nation und viel bestimmter als vorher davon zu reden, daß die Anerkennung eine völlig indiskutable Sache ist.

Es gibt eine Reihe von Leuten da drüben – nicht nur Kirchenführer –, die in bezug auf diesen Anerkennungspunkt vor einem Jahr oder zwei Jahren sich viel schwerer taten als heute. Wir haben es heute im Gespräch mit ihnen viel leichter. Aber gerade deshalb mußte ich auf den anderen Punkt hinweisen. (*Beifall*.)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, weil wir sowieso im Parteiausschuß manche Dinge wiederholen müssen, daß wir das andere Gebiet verlassen. Selbst wenn wir eine noch so gute Politik machen, es hängt für die CDU alles davon ab, daß sie nach außen den Eindruck gibt, daß sie führt. Nicht nur der Bundeskanzler ist in einer bösen Lage zwischen CDU und SPD, sondern auch die CDU selbst. Deshalb habe ich auf die Schwierigkeiten hingewiesen.

Daß es diese vierte Macht gibt, ist ja vielen von unseren Freunden selbst nicht bekannt; die nehmen das nur vereinzelt zur Kenntnis. Doch es ist eine ganz mächtige Institution! Aber ich bin einverstanden, daß wir die Frage „die Partei in der Großen Koalition“ vorläufig verlassen und nun auf die Substanz vor allem unserer Deutschland- und Ostpolitik eingehen. Ich möchte nachher noch in diesem Kreise unsere Europapolitik behandeln, die in ein kritisches Stadium eingetreten ist. Darf ich jetzt einmal davon absehen, Herr von Weizsäcker, zu Ihren mich sehr interessierenden Ausführungen Stellung zu nehmen und das Wort Herrn Amrehn erteilen!

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, ehe ich auf das eingehe, was Herr von Weizsäcker vorgetragen hat. Ich glaube, Sie schwächen Ihre eigene Partei, Herr Bundeskanzler, wenn Sie glauben, hier Anlaß zu haben, sich gegen uns verteidigen zu müssen. (*Kiesinger*: Nein, Ihre Hilfe haben zu müssen!) Aber darin steckt doch immer ein Vorwurf, als würden Sie von uns nicht genügend geschützt. Ich darf dazu aussprechen, was ich meine. Ich meine, Sie würden von uns ohnehin selbstverständlich unterstützt werden. Und ich brauche mich nicht gegen die Vorwürfe selbst in Schutz zu nehmen, daß in Bonn zuviel gesprochen würde. (*Bewegung und Heiterkeit*.) Nur wenn Sie eben sagten, daß ein großer Teil der Presse überhaupt gegen die CDU eingestellt sei, dann würde ich die Ursache dafür nicht in den Gesprächen, die Abgeordnete oder Minister mit den Presseleuten führen, suchen, sondern in der ganzen Haltung der Anerkennungs-Presse, die natürlich darauf

ausgeht, solche Gegensätze zu konstruieren, und die die Absicht hat, gegen die Person des Bundeskanzlers zu schreiben.

Ich halte es für selbstverständlich, daß der Bundesvorstand der CDU sich solidarisch mit Ihnen verhält, bei aller Kritik, die an Einzelmaßnahmen auch möglich sein sollte und ausgesprochen werden muß. Um Ihnen aus einem ganz anderen Bereich – der uns heute nicht länger interessiert – ein Beispiel zu geben: Bis 15. Oktober müssen die Aufträge aus dem Investitionshaushalt erteilt sein.⁴⁷ Das läßt sich im Kabinett sehr leicht beschließen, während eine Gemeinde wie Berlin, wenn sie das durchführen soll, in solche Schwierigkeiten kommt ... (*Kiesinger*: Herr Kollege Amrehn, ich habe im Kabinett durchgesetzt, daß das Wort „müssen“ durch „sollen“ ersetzt wird.) Es werden jetzt hinausgepumpt, ohne überhaupt zu prüfen, Millionenobjekte. (*Kiesinger*: Nein, es ist kein „müssen“. Ich habe es durchgedrückt gegen Schiller! – *Unruhe und Bewegung*.) Und das führt etwa dazu, daß von einem Neuköllner Krankenhaus gesagt wird: Wir können keine Maschinen für die Operationsabteilung für 6.000 DM anschaffen; aber wir bauen jetzt für eine halbe Million eine Fontäne vor dem Charlottenburger Schloß.

Ich will damit ein Beispiel liefern, daß es wirklich Anlaß zur Kritik gibt. Diese Erörterung muß möglich sein, Herr Bundeskanzler, ohne daß jeweils die Politik des Bundeskanzlers im Kern angegriffen ist. Und ich meine, Herr Bundeskanzler, da sollten Sie eine Meinungsäußerung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Röder in Ruhe anhören. (*Kiesinger*: Ich bin ja mit ihm einverstanden!) Gehen Sie doch etwas mehr davon aus, Herr Bundeskanzler, daß die CDU im ganzen in den nächsten zwei Jahren vor dem Bundestagswahlkampf mit Ihnen und von Ihnen lebt und auch für Sie kämpfen will. Daran hängt unser Einfluß nach 1969.

Ich möchte an der Stelle, obwohl ich noch eine Menge dazu zu sagen hätte, jetzt noch anschließen eine Bitte, Herr Bundesparteivorsitzender, daß der Bundesvorstand, über dessen Tagungen ich früher mitgeklagt habe, die Möglichkeit bekommt, zu zwei oder drei Fragen eine Meinung zu formulieren. Die Fraktion ist uns mit den praktischen Entscheidungen immer voraus. Darum ist es für den Bundesvorstand so ungeheuer schwer, überhaupt Meinungen zu äußern, zu formulieren und sich vielleicht mehr oder weniger bindend festzulegen.

Ich greife auf, was Herr von Weizsäcker vorgetragen hat. Es liegt nahe, daß das die Berliner Sorgen im besonderen sind, weil sich die Frage der Deutschland- und Ostpolitik in ungewöhnlicher Weise dort zuspitzt und dort immer früher Entscheidungen getroffen werden müssen, als das vielleicht im eigentlichen Bereich der Bundesrepublik notwendig ist.

Sie haben davon gesprochen, Herr Bundeskanzler, daß es eine Anerkennungs-Partei gibt. Indem Sie das aussprechen, wiederholen Sie unausgesprochen, daß für uns die Anerkennung nicht in Betracht kommen kann. Nun muß ich aber auch geistig und poli-

47 Investitionsprogramm vom Sommer 1967, beschlossen vom Kabinett am 4.–6. Juli 1967, vgl. SCHMOECKEL/KAISER S. 291–300.

tisch die Frage ein wenig beleuchten, die uns immer mehr da hineinverstrickt, selbst in den Bereich der Anerkennungspolitik zu geraten.

Das fängt bei dem Romanschriftsteller Uwe Johnson⁴⁸ an, für den die beiden deutschen Staaten und die beiden Städte Berlin eine Selbstverständlichkeit sind. Das geht weiter bei dem politischen Schriftsteller Klaus Mehnert⁴⁹, der vom Jahre 1980 selbstverständlich von den nebeneinanderlebenden deutschen Staaten spricht. In der Einleitung sagt er: Ich mache mir ein Bild von 1980. Dann leben zwei deutsche Staaten friedlich nebeneinander. – Das ist also eine Ausgangsposition bei Mehnert, der Berlin nicht mehr erwähnt, es ist schon längst verschwunden.

Das geht weiter in den Aufsätzen von Mulisch⁵⁰, der schreibt: Es ist doch selbstverständlich, daß wir sehr bald mit einer Anerkennung nicht nur zu rechnen haben, sondern das muß sein. Und der richtige Mann dafür ist Herr Brandt. – Dann ist – wie mir berichtet worden ist – in einer Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums für die Jahre 1970 und folgende zu lesen, daß die Anerkennung des Zonenregimes als selbständiger Staat durch die Bundesrepublik schon vorausgegangen ist, ehe alle die anderen Pläne in Kraft treten.⁵¹

Wir müssen solchen Entwicklungen auch von dorthier entgegentreten. Nun frage ich mich allerdings, wo es uns gelingt – das ist eine Frage an den Bundesvorstand und an den Bundesparteivorsitzenden –, unser eigenes politisches Verhalten noch abzubremsen von dem, was denn nun eigentlich wirklich Anerkennung ist. Die Sozialdemokraten in Berlin haben einmütig ein Papier beschlossen, das am kommenden Sonnabend auf ihrem Parteitag behandelt werden soll. Da ist zunächst von Berlin die Rede. Da heißt es: „Die Position West-Berlins erleichtert eine Entspannungspolitik. Da die politische Führung dieser Stadt aufgrund der obersten Verantwortung der Alliierten einen besonderen Handlungsspielraum für Vereinbarungen hat, ist es sinnvoll, die alliierte Verantwort-

48 Uwe Johnson (1934–1984), Schriftsteller; 1952–1956 Germanistikstudium in Rostock und Leipzig, 1959 Übersiedlung nach West-Berlin. Johnson war Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik und der Akademie der Künste in Berlin (West). Er erhielt mehrere Auszeichnungen, u. a. den „Georg-Büchner-Preis“ (1971). – Amrehn spielt auf Johnsons Erzählung „Eine Reise Wegwohin“ von 1960 an, in der die Romanfigur Karsch, ein Journalist, die Anerkennung der DDR forderte (Karsch und andere Prosa).

49 Dr. Klaus Mehnert (1906–1984), Journalist, Schriftsteller und Politologe; 1931–1934 Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, 1934–1936 Korrespondent deutscher Zeitungen in Moskau, 1936–1945 Aufenthalte in den USA und China, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Tätigkeit als Journalist in Presse und Fernsehen. – In seinem Buch „Der Deutsche Standort“ (Stuttgart 1967 S. 25) spricht er von zwei deutschen Staaten, die im Jahre 1990 den Vereinigten Staaten von Europa beitreten könnten.

50 In der Vorlage: Musil. – Vermutlich Harry Mulisch (geb. 1927), niederländischer Schriftsteller, der in den 1960er Jahren die Anerkennung der DDR propagierte (vgl. Harry MULISCH: De ontdekking van de hemel. Amsterdam 1992 S. 163).

51 Wahrscheinlich Anspielung auf die für den „Policy Planning Council“ erstellte Studie mit dem Titel „The Division of Germany“. Das Papier, das die Diskussionsgrundlage für eine Sitzung über die deutsche Frage bildete, wurde am 6. November 1967 an einen eingegrenzten Verteiler ausgegeben, vgl. FRUS Vol. XV Germany and Berlin Nr.236 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xv/x.html).

lichkeit noch in Anspruch zu nehmen. Dieser Handlungsspielraum muß stärker genutzt werden. Auf dieser Grundlage kann der Senat von Berlin Verhandlungen mit den Verantwortlichen in Ost-Berlin führen. Da West-Berlin kein Völkerrechtssubjekt ist, darf sich die Frage nach der Verhandlungsebene und der Unterschriftenformel lediglich am Verhandlungsgegenstand orientieren. Der Regierende Bürgermeister wird sich deshalb an die Behörden in Ost-Berlin wenden und ihnen Verhandlungen vorschlagen.⁵²

Das ist ein Deutschland-Papier der Berliner Sozialdemokraten, in dem sie zu dieser Schlußfolgerung für Berlin kommen und hier nun in der Tat nicht mehr genau wissen, soll der kommende Regierende Bürgermeister (und zwar mit der Empfehlung oder Zustimmung des Bundeskanzlers, so wird es kolportiert) demnächst unmittelbar Verhandlungen führen, – was wir von uns aus bekämpfen würden. Ich sage es mit aller Deutlichkeit. Ich frage, wo fängt also an ... (*Kiesinger*: Verhandeln worüber?) Das wird im einzelnen nicht gesagt. Es sind alle denkbaren wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Fragen.

Wo fängt der Kontakt mit Pankow, den wir durch viele Jahre gehabt haben in technischer Beziehung, nun an umzuschlagen, um einen politischen Wert im Sinne der Anerkennung zu bekommen? Und dieser Punkt, Herr Bundeskanzler, scheint mir mindestens im Bundesvorstand und in unserer Partei bisher nicht hinreichend genug diskutiert worden zu sein. Ich bin in großer Sorge darüber, daß wir wegen der mangelnden Klärung dieser Frage allmählich hineinrutschen könnten in eine Entwicklung, die wir so gar nicht wollen. Wir haben das aus den Worten vor zwei Wochen hier vor den Landesvorsitzenden entnommen.⁵³ Ich möchte aber hinzufügen, es gibt in Ihrer Regierung Leute, die dieses Hinübereutschen wollen, um zu einer Anerkennung zu kommen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Außenminister und sein Hauptberater Bahr schon vor Jahr und Tag diese innere Bereitschaft, vielleicht sogar Entschlossenheit, bei sich entwickelt haben – weil alles andere unaufhaltsam ist –, es dahin zu bringen.

Selbst wenn wir den ganzen Vertragsentwurf von Stoph⁵⁴ morgen unterschrieben, würde sich in menschlicher Beziehung oder sonst überhaupt nichts ändern, und die Mauer bliebe genauso stehen. Nun lese ich heute in einer Überschrift „Stücklen hält Gespräch zwischen Kiesinger und Stoph für möglich, um wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit und humanitäre Erleichterungen zu bekommen“.⁵⁵ Da,

52 Die Berliner SPD hatte auf ihrem Klausurtreffen am 23./24. September 1967 in Glienicke ein neues Grundsatzprogramm zur Deutschland- und Berlin-Politik beschlossen, das sog. Glienicker Papier. Vgl. „Der Abend“ vom 25. September 1967 „Das Glienicker Papier“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 25. September 1967 „Ein Deutschlandplan der Berliner SPD“.

53 Protokoll der CDU Landesvorsitzenden-Konferenz am 27. September 1967 nicht vorhanden. Aktenvermerk zur Vorbereitung der Sitzung vom 25. September 1967 in ACDP 07–001–112. 54 Vgl. Anm. 46.

55 Richard Stücklen (1916–2002), Elektroingenieur; 1949–1990 MdB (1967–1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag), 1950–1991 Mitglied des CSU-Landesvorstands, 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. LEXIKON S. 381. – Stücklen äußerte sich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8. Oktober 1967, vgl. CSU-Correspondenz vom 10. Oktober 1967.

Herr Bundeskanzler, entsteht erst recht die Frage, wie können wir vor der Weltöffentlichkeit – sollte es zu solchen Gesprächen kommen, was ich persönlich im übrigen gar nicht glaube, aber angenommen, es würde sich plötzlich eine Lage ergeben, die das ermöglichte – klarmachen: Es gibt gar keine Anerkennung, wenn der Bundeskanzler und Stoph miteinander reden. – Das könnte doch nach dem Verhandlungsgegenstand nur möglich sein bei ganz umwälzenden Entwicklungen, die uns nahelegten, diese Begegnung ist uns ein solcher Antrag wert – oder umgekehrt.

Aber ich fürchte, daß wir auch mit solchen Erklärungen – und am Freitag werden Sie im Bundestag danach gefragt werden⁵⁶ – in eine Entwicklung hineinrutschen, die wir nicht wollen, aber am Ende nicht mehr aufhalten können, und immer nur aus dem Wunsch, wir wollen fortschrittlich sein, wir wollen uns nicht anhängen lassen, daß wir die Bremser seien.

Nun eine Schlußbemerkung, Herr Bundeskanzler! Wir haben uns mit unserem Freund Lemmer in Berlin jahrelang als Bremser betätigen müssen, seit 1963. Inzwischen ist alles, was bisher in der Propaganda gegen uns gesprochen wurde, in der gesamten Berliner Stimmung ganz erheblich umgeschlagen. Der Rücktritt von Albertz hat sicher parteiinterne Gründe und Rivalitäten. Im tiefsten Grund ist der Sturz von Albertz darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokraten, die bisher 20 Jahre lang das Schicksal der Stadt mitgestaltet haben, plötzlich vor diesem Weg seiner Linkspolitik, seiner Anerkennungspolitik, die tiefsten Sorgen bekommen haben und mithalfen, den Mann zu stürzen.

Wir sollten aber, Herr Bundeskanzler, in solchen Augenblicken nicht soviel Furcht davor haben, als Bremser unter Umständen zu erscheinen, weil es hier einfach um Existenzfragen geht. Wir können leider in Berlin aus Geldmangel keine eigene Demoskopie durchführen. Wir verlassen uns auf das, was uns die Sozialdemokraten sagen. Das pessimistischste Bild, das sie uns bieten, besteht darin, daß sie uns haben wissen lassen, die Sozialdemokraten stünden bei 40% und die CDU bei 38%. (*Lemmer: 39%!*) Oder bei 39%! Das haben wir noch nie erreicht. Das war noch vor dem Sturz von Albertz, so daß also die Sozialdemokraten im Augenblick ihre absolute Mehrheit verloren haben würden. Das läßt mich hoffen. Ich möchte nur meinen, daß hier vielleicht Herr Schütz ein bißchen mehr in unserer Richtung tätig sein können. Aber er bleibt mitverantwortlich für die Beeinflussung von Brandt. Und er hat bisher den Weg von Brandt mitgemacht.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß es sicher richtig ist, alle Versuche zu machen, um der Welt zu beweisen, daß es nicht an unserem guten Willen scheitert. Effektive Schritte werden allerdings kaum noch – so ungeduldig wir alle sind – möglich sein, wenn wir die Anerkennung nicht wollen; auch dann wäre uns nicht geholfen. Ich sage nur hier. Irgendwo ist große Aktivität der Bundesregierung in der gesamtdeutschen Frage noch möglich, nämlich in Berlin. Das Nichtzufriedensein kann man nicht damit begründen, daß Berlin nicht genug Geldleistungen vom Bund bekomme – die Geldlei-

⁵⁶ Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6357–6362, bes. S. 6358.

stungen sind groß –, sondern damit, daß man auf festem Boden stehen will; und man kommt erst auf die Beine, wenn die Bundesregierung im ganzen eine – so will ich mich mal ausdrücken – Sachverantwortung für das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Stadt übernimmt.

Daß es im letzten Jahr nicht zu einer Entwicklung dieser Art gekommen ist, wird der Bundesregierung angelastet, mehr aber den Sozialdemokraten und ihren Ministern, weil weder Schiller noch Brandt noch Schütz oder Wehner effektiv für die Entwicklung in Berlin etwas getan haben; denn das ist eine Gesamtverantwortung. Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler – und deshalb mein Wunsch, gelegentlich mit Ihnen darüber noch einmal sprechen zu können –, daß die Bundesregierung im ganzen für Berlin eine stärkere Sachverantwortung auf einem breiten Feld von Möglichkeiten übernimmt, weil nur so die Position gehalten werden kann und keine Bundesregierung es überstände, wenn es mit Berlin weiter abwärts ginge. Das ist eine ganz akute Gefahr. Das ist augenblicklich an der Stimmung in der Wirtschaft zu spüren. Von daher kommen im Augenblick die schärfsten Angriffe.

Aus dieser Sorge heraus kommt mein Appell an Sie, Herr Bundeskanzler, mit dazu beizutragen, daß wir für Berlin ein Sachprogramm entwickeln, wie es vor zwölf Jahren bereits geschehen ist, als wir noch in der großen Not der Arbeitslosigkeit gestanden haben.⁵⁷ Es war ein Sachprogramm, das fast bis heute gewirkt hat. Das brauchen wir wieder, wenn Vertrauen in der Wirtschaft geschaffen werden soll. Das wäre – so meine ich – ein sichtbarer, glaubwürdiger und überzeugender Beitrag zur gesamtdeutschen Politik. (*Lebhafter Beifall.*)

Kiesinger: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Herr Bundeskanzler und Vorsitzender! Sie haben neulich im Kabinett einen Hinweis gegeben und gesagt: Wenn die Lage zu schwierig wird, dann soll man über den Sachverhalt nachdenken. Sie haben bewegte Klage geführt. Ich werde mich bemühen, über den Sachverhalt nachzudenken. Ich habe einen Zwischenruf gemacht, Herr Bundeskanzler, vielleicht deswegen, weil Zwischenrufe und ein kleiner „Vorbeibenimm“ die sicherste Methode ist, um in der CDU zu Wort zu kommen! (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ich sage das deswegen, weil wir inzwischen schon 160 Minuten getagt haben und ich erst der fünfte Diskussionsredner bin. (*Kiesinger:* Sie müssen dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden schon mal die Möglichkeit geben, in dieser Breite vorzutragen. Unter Konrad Adenauer hat man sich immer darüber beklagt, daß man ein paar nichtssagende Dinge gehört hat, – und damit basta! Ich habe mir wirklich Mühe gegeben, den Tatbestand eingehend vorzutragen.) Aber, Herr Bundeskanzler, ich muß

⁵⁷ Die Bundesregierung und der Berliner Senat hatten am 27. April 1955 einen langfristigen Plan zum Aufbau der Stadt vereinbart. Er sah bis 1959 die Bereitstellung von fast 1,6 Mrd. DM für die Förderung von Arbeitsplätzen, Wohnungsbau und Industrieansiedlung vor. Zweite und Dritte Beratung des „Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft im Land Berlin“ (Drs. 1159 vom 22. Januar 1955) fanden am 25. Mai 1955 statt, vgl. Sten.Ber. 2. WP 82. Sitzung S. 4527–4530.

doch auch etwas sagen dürfen. Ich bin hier ... (*Kiesinger*: Niemand bestreitet Ihnen das!
– *Unruhe*.)

Nun gut, aber meine Auffassung ist die, daß wir zu einer anderen Art der Diskussion kommen müssen. Das muß ich begründen. Ich setze dann noch eine Begründung hinzu; sie mag ein wenig spitz klingen, aber sie ist nicht so gemeint. Ich kenne aus der alten Zentrumszeit – ich war damals noch ein kleiner Junge – die Regel, daß man sagte: Man muß über alles sprechen, aber bitte am unzuständigen Ort, damit nicht zu schnell Beschlüsse gefaßt werden. Nun habe ich die Sorge, daß wir hier alle über alles sprechen und damit über nichts. Von daher kommt auch Ihre schwierige Position.

Wenn Ihnen zugearbeitet werden könnte für den Vorstand, dann wären wir aus der Sache heraus mehr und stärker gezwungen, Sie abzuschützen. Aber das passiert ja nicht in der Partei. Ich bedaure mit Ihnen, daß wir noch nicht die Geschlossenheit nach draußen zeigen, wie dies dringend notwendig ist. Auch das, was jetzt in den Zeitungen über Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verbreitet wird, gehört auf die gleiche Linie und ins gleiche Feld.⁵⁸ Ich nehme Ihre Klagen sehr ernst. Wir haben in der Konferenz der Landesvorsitzenden auch darüber gesprochen, daß wir selber dazu beitragen müssen, um durch unsere eigenen Äußerungen den anderen keine Möglichkeiten zu geben, hinter Formulierungen etwas zu wittern, was nicht vorhanden ist. Aber das alles wird hin- und hergetragen, Herr Bundeskanzler. Ich habe Ihnen damals – ich wiederhole es – aus meiner Erfahrung gesagt: Als mein Verhältnis zu Herrn Erhard gestört wurde, wurde es gestört aus diesem Hause heraus. Nachher war ich monatelang nicht in der Lage, ihn draußen entsprechend zu vertreten, wie es notwendig gewesen wäre. – Das alles müssen wir doch offen miteinander diskutieren können! (*Zuruf*: Sehr richtig!)

Nun möchte ich zum Hauptanliegen zurückkommen, daß wir nämlich alle über alles sprechen. Ich würde sehr gern vorbereitet an der Debatte teilnehmen, die eben Herr Amrehn fortgesetzt hat. Ich kann es nicht, weil die Vorbereitung nicht da ist. Ich muß Ihnen sagen, daß in dem Bereich, in dem ich auch im Kabinett tätig sein soll, eine Vorbereitung zur Zeit nicht möglich ist, weil einfach die organisatorischen Voraussetzungen fehlen.

Die Wirtschaft beklagt sich über diesen und jenen; sie beklagt sich sicher über den Schmücker, aber auch über unseren Parteivorsitzenden. Sie beklagt sich auch über den Generalsekretär. Sie müssen die Möglichkeit schaffen, daß wir die Zu-Arbeit zum Bundesvorstand für Sie persönlich allmählich durchführen, und zwar nicht nur dieser Art wegen, sondern auch deswegen, weil die Finanzverfassungsreform, die vorhin ange-

58 In der niedersächsischen Presse war das Thema die Schaffung eines einheitlichen Landesverbands und die „Wachablösung“ an der Parteispitze, vgl. „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vom 2./3. September 1967 „Niedersachsen-CDU am Rande einer Wachablösung“ und „Vorstoß für einheitliche CDU in Niedersachsen“; FAZ vom 14. September 1967 „Der Abschied von der Politik fällt schwer“. – In Nordrhein-Westfalen beschäftigten sich die Zeitungen mit der Frage nach dem CDU-Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl und dem damit verbundenen Streit zwischen Dufhues und Meyers, vgl. „Christ und Welt“ vom 6. Oktober 1967 „Zweikampf der Advokaten“; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 6. Oktober 1967 „Meyers will nicht weichen“; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 26. September 1967 „Führungsprobleme“.

sprochen worden ist, natürlich nicht nur mit den Ländervertretungen besprochen werden muß, sondern auch mit der Fraktion, aber auch mit den Ländern; denn wie wollen wir auf die Landespolitiker einwirken, wenn wir nicht in der CDU selbst dieses Gespräch führen?

Herr Bundeskanzler, die wirtschaftliche Misere geht sicher auf vieles zurück, aber zu 70 bis 80% auf die unmögliche Finanzverfassung, die wir haben, und auf das schreckliche Nebeneinander und Gegeneinander in Bund und Ländern. Das hätten wir als Partei schon längst überspielen müssen. Es ist also notwendig, daß wir innerhalb der Partei über diese Dinge reden. Mit dem sachlichen Erfolg, der dabei herauskommt, den wir für Sie vorbereiten wollen, können Sie an die Öffentlichkeit gehen; das geht aber nicht, wenn alle über alles reden.

Ich bitte um Vergebung! Es kommt manchmal sehr hart aus meinem Munde. Ich meine das aber gar nicht so. Ich bitte Sie darum, helfen Sie uns, daß wir diese Voraussetzungen kriegen. Man könnte auch selbständig handeln, aber das ist ja nicht so; denn wir Deutsche sind so veranlagt: Ohne Auftrag, ohne die Institution geht es bei uns nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich sehe ein bißchen abwertendes Lächeln. Es ist nicht von Ihnen, sondern von der anderen Seite. Ich will es Ihnen an einem anderen Punkt beweisen, Herr Bundeskanzler. Der Streit Sozialausschüsse : Wirtschaftsrat, bei dem sich die Mittelstandsvereinigung herausgehalten hat⁵⁹, ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß beide Organisationen sehr stark sind; aber sie sind nur deshalb stark, weil die Partei schwächer ist. Wir können nun diese beiden Einrichtungen nicht schwächen, sondern wir müssen die Partei stärken. Darum müssen wir die Einrichtungen schaffen, die notwendig sind. Das ist mein Hauptanliegen. Es ist ein wichtiger Beitrag, um Ihre Position – Sie können sich darauf verlassen, daß ich daß will – zu stärken.

Kiesinger: Ich kenne Ihr Anliegen, Herr Schmücker. Es ist zweifellos richtig, wir haben ein ineffektives Nebeneinander von Wirtschaftsrat und Sozialausschüssen. Der Mittelstandskreis kommt noch hinzu. Daß wir hier straffen müssen, ist völlig klar. Ich möchte etwas sagen, nachdem Klage geführt worden ist, daß wir über alles reden. Das liegt in der Natur der Dinge. Was Sie sagen, ist richtig und wird gemacht, aber ich muß eben in Gottes Namen schon mal improvisieren, meine Herren, wenn es nicht gelingt, die CDU in der Großen Koalition zu einer festen und entschlossenen eigenen Gestalt zu machen. Dieser Versuch ist das Wichtigste; denn über die Substanz der Politik sind wir uns praktisch einig. Es gibt allerdings auch Nuancen.

Ich schlage vor, daß wir versuchen, eine Ordnung in die Diskussion zu bringen. Wir sollten also zunächst anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker begonnen und Herr Amrehn fortgesetzt hat. Wir können dann, wenn wir dieses Gebiet abgeschlossen haben, wieder zu den anderen Dingen übergehen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? (*Zustimmung.*) – Herr Kollege Gradl!

59 Vgl. Nr. 14 Anm. 79. Zu Differenzen zwischen dem Wirtschaftsrat und den Sozialausschüssen kam es nach der Veröffentlichung des „Offenburger Erklärung“ der Sozialausschüsse, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 11. Juli 1967 „Wirtschaftsrat contra Sozialausschüsse“.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich wollte nun ausnahmsweise auch mal etwas anderes sagen, (*Heiterkeit.*) aber ich will anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker begonnen und Herr Amrehn fortgesetzt hat. Die Schwierigkeit, den Standpunkt der Christlich-DEMokratischen Union in den Fragen der Deutschlandpolitik vor der Öffentlichkeit überzeugend darzustellen, ist groß. Das liegt eigentlich nicht so sehr bei uns, sondern daran, daß sich in den Vorstellungen der breiten Öffentlichkeit eine gewisse Ungeduld paart mit Erwartungen, die von solchen Stellen genährt werden, die als anerkennungswürdig gelten.

Es ist eine ganz wichtige Aufgabe für uns, im Aktionsprogramm, mit dem wir doch im nächsten Jahr vor die staunende Öffentlichkeit treten wollen, in überzeugender Weise darzustellen, daß wir eine geschlossene, feste und der Zeit entsprechende und auf die Zukunft angelegte Deutschlandpolitik haben. Aber das zu beginnen, ist gar nicht so leicht. Es genügt nämlich nicht, eine Reihe von Leitsätzen – auch im Zusammenhang – zu entwickeln, sondern vorweg müßte eigentlich stehen, daß wir uns selber über die Grenzen, die es nach unserer Auffassung in der Zukunft geben muß, klar sind. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir das alles sagen.

Ich nehme jetzt nur ein Beispiel. Ich höre in Gesprächen mit Parteifreunden, aber auch mit Journalisten, die gar nichts mit uns zu tun haben, bei der Olympiade in München im Jahre 1972 werde daran festgehalten, daß es auf deutschem Boden nicht – unter Münchener Polizeischutz – die beiden Flaggen gibt, was ja wohl mal unsere Linie war, daß dies aber nicht ernst genommen wird.⁶⁰ Landauf, landab wird gesagt – und Herr Augstein⁶¹ schrieb das: Es passiert gar nichts.

Dann entstehen also die Zweifel, und es wird gefragt: Was ist nun eigentlich bei euch in der CDU? Glaubt ihr, daß ihr das durchhalten könnt? Oder habt ihr euch damit abgefunden? Wenn wir noch für euren Standpunkt eintreten, dann haben wir vielleicht das Vergnügen, in zwei Jahren alles das entgegenhalten zu müssen, was wir heute kräftig sagen. Aber die Politik, die ihr macht, ist anders.

Nun kann keiner von uns dafür garantieren, weil wir nicht wissen, wie es 1972 aussehen wird und wer dann die Richtlinien der Politik bestimmt. Wir hoffen, daß wir es tun. Es darf heute jedenfalls – so meine ich – nicht einen Zweifel darüber geben, daß dies noch unsere Linie ist, oder wenn es sie nicht ist, wenn hier einer sitzt, der meint, hier müßten wir korrigieren, dann muß man darüber sprechen. Dazu werden wir heute keine Zeit haben, aber dann müssen wir es uns für die nächste Sitzung vornehmen. Verehrte Freunde! Ich habe nur ein Beispiel gebracht. Jeder von Ihnen ist wohl in der Lage, mehr Beispiele zu nennen. Wir müssen uns also selber Klarheit darüber verschaffen, wofür wir eintreten und wofür nicht.

Das Zweite ist – und hier sind wir doch alle bis zu einem gewissen Grade selber schuld – folgendes: Wir alle haben uns jahrelang das Leben zu leicht gemacht mit sche-

⁶⁰ Vgl. Günter BUCHSTAB: Sport und Politik im geteilten Deutschland, in: HPM 8 (2001) S. 113–130, hier S. 123–126.

⁶¹ Rudolf Augstein (1923–2002), Journalist; Gründer und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“; 1972/73 MdB (FDP). Vgl. Dieter SCHRÖDER: Rudolf Augstein. Berlin 2004.

matisierten Formeln, die wir aus der Vergangenheit herübergenommen haben, die so herrlich bequem waren. Wenn wir gefragt worden sind, wie ist das mit der Oder-Neiße-Linie, dann kam doch schon, ehe der Fragende seine Worte zu Ende gesprochen hatte, die Antwort: Die Grenzen von 1937. Das steht im Vertrag.⁶² – Diese bequeme Formel wurde geboten. Oder bei der Frage: Wie stellt ihr euch die Wiedervereinigung vor? – wurde gesagt: Durch freie Wahlen natürlich. – Heute können Sie das auch noch hören. Daß das eine Aufgabe der Politik ist, die wir machen wollen, nämlich deutlich zu machen, wie man zu freien Wahlen kommt – nicht die freien Wahlen, darüber brauchen wir nicht zu reden –, das ist es doch, und das wollen die Leute hören und wissen. Darin haben wir noch einigen Nachholbedarf in unserer Partei, diese sehr differenzierte Situation deutlicher zu machen, um dadurch wieder Vertrauen zu gewinnen.

Unsere Freunde draußen, insbesondere die jüngere Generation, sind in Verlegenheit, denn sie sagen: Da kommen die im Jahre 23 mit einer Aussage, die so verstanden wird: weitermachen wie bisher. – Damit kommen Sie draußen nicht weiter. (*Kiesinger*: Welches Jahr 23?) Ich meine im Jahre 23 nach der deutschen Teilung. Hier müssen wir Klarheit schaffen. Das soll aber ohne Zeitdruck geschehen. Darüber muß hier in diesem Kreis gesprochen werden. Aber das muß vorbereitet werden. Man kann auch einen Abend dazu nehmen. Meinetwegen, Herr Kollege Heck, gehen wir aus von den beiden Entwürfen zum Aktionsprogramm: Kapitel Deutschland.⁶³ – Wir haben ja zwei, eines von der Gruppe, eines von hier. Machen Sie etwas. Dann wollen wir darüber reden. Wir werden sehen, wohin wir kommen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben wörtlich gesagt: Wenn der Eindruck entsteht, daß der Kanzler zwischen der SPD und seiner Partei steht ... – Dieser Eindruck wird draußen gepflegt. Ich will ein Beispiel sagen, wo es in einer beinahe schreienden Deutlichkeit geschieht. Es gab diese Sendung „50 Jahre Sowjetunion“.⁶⁴ Am Ende dieser Sendung, die hochinteressant war, auch wenn man im einzelnen mancherlei auszusetzen hat, gab das Schlußwort Günter Gaus⁶⁵, der natürlich für die Anerkennung der DDR ist. Das ist einer seiner Schlüsse, die er aus „50 Jahre Sowjetunion“ zieht. Dann sagte er: Gott sei Dank, wir haben ja in Bonn den Bundeskanzler Kiesinger, der gegen den Willen seiner Partei versucht, die Linie – alles wörtlich –, die Herr Brandt und Herr Wehner vorgezeichnet haben, durchzusetzen. (*Kiesinger*: Herr Gaus ist einer von denen!) Wenn das

62 Der Deutschland-Vertrag vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 sah in Art. 7 § 1 vor, daß die „endgültige Festlegung der Grenzen bis zu dieser Regelung [einem Friedensvertrag] aufgeschoben werden muß.“ Vgl. BGBl 1955 II S. 305–320, hier S. 309.

63 Vgl. ACDP 07–004–317/2. – Gradl hatte am 28. August 1967 der „Kommission Deutschlandpolitik“ einen eigenen Entwurf eingereicht, vgl. „Nachgereichter erweiterter Entwurf für den Beitrag Deutschlandpolitik vom 17. Juli 1967 zum Aktionsprogramm“ in ACDP 01–294–058/1.

64 „Bestandsaufnahme – 50 Jahre nach der sowjetischen Oktoberrevolution“ am 28. September 1967 von 20.15 Uhr bis 21.45 Uhr in der ARD.

65 Günter Gaus (1919–2004), Journalist; 1965–1969 Programmdirektor beim Südwestfunk in Baden-Baden, 1969–1973 Chefredakteur des „Spiegel“, 1973 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. Memoiren: Widersprüche. Erinnerungen eines linken Konservativen. Berlin 2004.

so ist, dann kann man sich nicht darüber wundern. (*Kiesinger*: Ich weiß nicht, was sie damit sagen wollen!) Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, daß es den systematischen Versuch gibt, die Partei und den Bundeskanzler auseinander zu manövrieren und die Partei in den Ruf zu bringen, sie ist erklecklich rückständig und bremst ab.

Ich habe das auch nur gesagt, um eine Empfehlung zu geben; Sie sollten sich die Mühe machen, sich mit jedem Intendanten und seinem Stellvertreter einzeln, und zwar immer nur die beiden zusammen, in camera caritatis darüber zu unterhalten, aber den entscheidenden Akzent nicht auf dieses Auseinandermanövrieren zu legen, sondern darauf, daß diese Leute, ob gewollt oder ungewollt, genau der Politik zutiefst schaden, die nach Ihrer Meinung aktiv entwickelt werden soll, weil sie die Erwartungen der Gegenseite immer mehr steigern und dadurch die Starrheit der Gegenseite noch größer wird.

Es ist neulich im gesamtdeutschen Ausschuß⁶⁶ darüber diskutiert worden: Was uns fehlt, ist in diesem Lande in der Publizistik ein Konzept, ein Gefühl der Verpflichtung, daß man, selbst wenn man einmal nicht derselben Meinung wie die Regierung ist, auch einmal Spielraum geben muß, daß man auch einmal ein sacrificium intellectus bringen muß. Auf dieses kommt es also im wesentlichen an. Das können nur Sie herbeiführen, weil Sie die Autorität haben. Sie sind immer noch der „liebe Gott“ für die Deutschen. (*Zuruf*: Beinahe! – *Heiterkeit und Bewegung*.)

Kiesinger: Ich habe gesagt, ich kann das nur tun, wenn meine Partei mir hilft. Ich kann tun und sagen, was ich will, wenn meine Partei nicht hilft, geht es nicht. Ich weise nochmals auf die Bonner „Käseglocke“ hin, sowohl im Dezember 1966 wie auch heute. Da redet doch jeder mit jedem. Und dann wird mir gesagt: Ihre Partei ist doch ganz anderer Meinung als Sie; sie will die Große Koalition eben doch nicht usw.

Gratl: Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß Sie der Partei Unrecht tun. Ich glaube nicht, daß die kritischen Äußerungen, die gemacht werden, sich gegen Sie richten, sondern das, was in der Partei kritisch bemerkt wird, ist etwas anderes. Mir gefällt es auch nicht immer, was kritisch gesagt wird. Aber ausgelöst wird das in der Regel – wie die meisten Kollegen glauben – durch die notwendige Abwehr einer Überdrehung Ihrer Politik durch die Sozialdemokraten, die darauf ...

Kiesinger: Nein, Herr Gratl, das will ich gerade haben. Die Dinge sind so. Ersparen Sie es mir, daß ich Namen nenne. Ich könnte Ihnen eine lange Liste von Namen nennen. Bitte, seien Sie nicht prüde, meine Herren, es hat keinen Zweck, das zu sagen, weil man wünscht, daß es anders sei. (*Amrehn*: Man muß es wollen, daß es anders wird!) Natürlich muß man das wollen! Ich kann nur immer wieder sagen, das Übel der CDU, das zur Krise des letzten Herbstes geführt hat, ist noch nicht überwunden. Wie oft muß ich

66 Der Ausschuß war am 3. Juni 1966 durch das CDU-Präsidium eingerichtet worden und sollte auf „Initiativen des Ostens in der Deutschlandpolitik“ reagieren, eigene Initiativen in der Deutschlandpolitik prüfen und alle Probleme im Hinblick auf die Olympiade 1972 erörtern. Mitglieder waren Franz Amrehn (Vorsitzender), Johann Baptist Gratl, Franz Thedieck, Werner Marx, Werner von Lojewski und Siegfried Dübel (vgl. Heck an Amrehn vom 7. Juni 1966 in ACDP 01–295–018/4).

das hier in diesem Kreis und in anderen Kreisen sagen! Wir sind doch nicht allein durch eine falsche Politik in die Krise des letzten Herbstes geraten! Das wissen wir doch! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) – Zu diesem Thema Herr Kollege Stoltenberg.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich stimme Herrn Gradl in der Sache völlig zu. Die Folgerungen sind schon ausgesprochen. Es geht um zwei Dinge. Sie haben Ihre Absicht ja ausgesprochen. Es geht darum, das innerhalb der Bundesregierung zu tun. Es geht um die Partei und die Regierungsfractionen, daß wir nun wirklich klar festlegen, was in der Deutschlandpolitik und in der Ostpolitik möglich ist, welchen Bewegungsspielraum wir sehen und wo die Grenzen sind.

Wenn wir das aus dem Zwielficht nicht herausbringen, dann werden wir das erreichen, was Kollege Gradl treffend gesagt hat, daß nämlich die Politik bedroht wird, weil sich die andere Seite ganz offensichtlich der Erwartung hingibt, daß die Positionen, von denen aus wir verhandeln, im Grunde genommen schon halb geräumt sind. Und das ist das Schlimmste, was in einer solchen Auseinandersetzung mit einem solchen Gegner passieren kann. Ich meine, daß diese Klarstellung unserer eigenen Reihen, aber auch innerhalb des Kabinetts, notwendig und möglich ist. Wir sollten uns für die Vorbereitung die erforderliche Zeit nehmen. Ich meine, daß das Kabinett einen halben oder einen ganzen Tag dafür Zeit haben muß, damit wir zu einem Ergebnis kommen können. Wir werden dann vielleicht feststellen, daß die eigentliche Nahtstelle, die eigentliche Bruchstelle, gar nicht so sehr zwischen uns, sondern innerhalb der Sozialdemokraten liegt. Das kann unter Umständen auch zu einer Klärung führen. Ich halte das also für dringend notwendig; denn wenn diese Dinge noch eine Weile so weitergehen, dann werden die Chancen einer sachlichen Klärung mit der SPD erheblich schwieriger sein als jetzt.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was der Kollege Schmücker ausgeführt hat. Wir sind nicht in der Lage, unsere eigene Politik in den Bereichen zu formulieren – in der Außenpolitik und in der gesamtdeutschen Politik –, in denen wir – wie das bisher 17 Jahre lang gewesen ist – nicht mehr den Regierungsapparat zur Verfügung haben, sondern wir sind nur dann in der Lage, das zu tun, wenn wir neue und wirkungsvolle Methoden der innerparteilichen Arbeit entwickeln. Es ist auch mit einer solchen Aussprache im Bundesvorstand – so wertvoll sie ist –, die irgendwo zeitlich abbricht, noch nicht getan. Wir müssen einen Weg finden im Zusammenwirken von Partei und Fraktion, ständig kleine, aber wirkungsvolle Arbeitsgruppen zu haben, die die Diskussion verfolgen, die Formulierungen erarbeiten, die wir brauchen.

Dazu müssen wir als Partei den Versuch machen, uns mit einem bestimmten Potential – aus der Wissenschaft, aus Forschungsinstituten, aus der Publizistik usw. – stärker als bisher querzuschalten, um die Reserven und das Potential zu haben, die wir hierfür brauchen.

Das ist eine Aufgabe für das Präsidium, den Generalsekretär und die Fraktionsführung, weil wir mit einer einmaligen Anstrengung, so sehr sie zu begrüßen ist, wie das Aktionsprogramm, zwar die Voraussetzungen und vielleicht die Formulierungen haben, aber noch nicht die Kraft, um mit diesen Formulierungen eine führende Initiative

in der deutschen Diskussion zu entfalten. Die bisherige Methode, die wir heute noch in den Schlagzeilen und in den Interviews haben, ist meines Erachtens verhängnisvoll. Sie hat uns in den vergangenen Jahren entscheidend geschwächt und zu der Krise im vergangenen Herbst beigetragen. Es ist wieder etwas aufgelebt in der letzten Zeit. Und das ist sehr bedenklich; denn damit wird die Verwirrung ins Unermeßliche gesteigert.

Kiesinger: Herr Kollege von Hassel!

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wer in den letzten zwölf Tagen an den drei Veranstaltungen teilgenommen hat, von denen die erste am Mittwoch, dem 27., die Landesvorsitzenden mit dem Generalsekretär zusammenführte, die zweite am vergangenen Dienstag im Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion mit einer außerordentlich umfassenden Debatte⁶⁷, und am vergangenen Freitag unter der Leitung von Staatssekretär von Eckardt eine Arbeitsgruppe „Gesamtdeutsche Politik“ in einer Klausurtagung von mittags um 1.00 Uhr bis abends um 8.00 Uhr⁶⁸, der hat erstens den Eindruck, daß in der Tat dieses Thema die Partei in breitesten Schichten zutiefst erregt, und zweitens, daß in der Sache, in der Struktur Ihrer Politik im Grunde genommen keine Differenz nennenswerter Art besteht. Ich meine, daß wir eines sicherstellen müssen: Auf der Gipfelebene diese drei Gespräche fortzusetzen, wo solange diskutiert wird, bis geklärt werden kann, ob irgendwo Restbestände einer anderen politischen Auffassung in unseren Kreisen noch vorhanden sind. Und dafür scheinen mir die entscheidenden Gremien der Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der kleine Arbeitsausschuß, den Staatssekretär von Eckardt leitet, zu sein.

In diesen Kreisen hat sich herausgestellt, daß Differenzpunkte oder Fragezeichen, die irgendwo sein könnten, ausräumbar sind, wenn man sich systematisch mit jeder einzelnen Teilthematik dieser Deutschland- und Ostpolitik beschäftigt. (*Unruhe.*) Meine Bitte Nummer 1 ist die, daß wir innerhalb der nächsten 14 Tage diesen Meinungsbildungsprozeß, von dem ich glaube, daß er praktisch schon zu 90% eine einheitliche Meinung innerhalb der CDU/CSU gebracht hat, so fortsetzen, daß wir von unserer Seite sagen können, innerhalb der CDU/CSU ist wirklich eine einheitliche Auffassung. Weil wir von der Partei aus keinen Ausschuß für Deutschlandpolitik oder gesamtdeutsche Politik – wie Sie es nennen wollen – haben, bleibt nichts anderes übrig, Herr Kollege Barzel, als daß dieser Arbeitskreis V die entscheidende Arbeit macht.

Herr Bundeskanzler, in der Klausurtagung am vergangenen Freitag unter Herrn von Eckardt hat Herr Alphons Horten, der selber nicht Berliner ist, der aber den Auftrag von Herrn von Eckardt hatte, über Berlin zu berichten, nach seinen mehrtägigen Besuchen

67 Die Sitzung des AK V der CDU/CSU-Fraktion fand am 3. Oktober 1967 statt. Das Protokoll liegt nicht vor, da die Sitzung vertraulich war (ACDP 08-001-411/2).

68 Felix von Eckardt (1903-1979), Journalist und Diplomat; 1929-1933 Presseattaché in Brüssel und Vertreter des Wolffschen Telegrafien-Büros, 1945 Mitgründer und bis 1951 Herausgeber und Chefredakteur des „Weser-Kurier“, 1952-1955 und 1956-1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (seit 1958 als Staatssekretär), 1955/56 Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen, 1962-1965 Bevollmächtigter der Bundesregierung Deutschland in Berlin, 1965-1969 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 226. – Protokoll liegt nicht vor.

dort, wo er mit 25 kompetenten Leuten gesprochen hat, einen ungemein guten Beitrag zur Berlin-Situation gegeben, der nicht irgendwie gefärbt war durch diese oder jene lokale Berliner Situation, so daß ich vorschlagen möchte, Herr Kollege Barzel, Herrn Horten zu einem halb- bis dreiviertelstündigen Vortrag – wie er ihn neulich gehalten hat – innerhalb des Fraktionsvorstands zu bitten.⁶⁹ Der Vortrag eignet sich nicht für eine publizistische Verbreitung, weil er die Lage Berlins äußerst kritisch beurteilt und eine Fülle von wirklich begründeten Beispielen dort gibt, die jeden zutiefst erregen können, die im wesentlichen an die Situation innerhalb der SPD anknüpfen.

Wenn man den Vortrag verbreiten würde, dann gäbe es sicher Ansatzpunkte, Herr Kollege Barzel, ein wenig in Trauerstimmung zu machen und zu sagen, es hat ja doch alles keinen Zweck. Dennoch ist dieser Vortrag so ausgezeichnet, daß man aus ihm, Herr Bundeskanzler, ableiten kann, was etwa die CDU ihrerseits tun könnte, um dieses Thema wieder in eine Ordnung hineinzubringen, so daß wir der Zukunft wieder mit etwas mehr Ruhe begegnen können.

Herr Kollege Amrehn, Herr Horten hat bei der Gelegenheit vorgeschlagen, die CDU solle sich überlegen, ob sie nicht einen gut durchdachten Berlin-Plan von sich aus aufgreifen kann. Darüber hat es offenbar in Berlin selbst zwischen Ihnen und Herrn Horten eine Reihe von Vorschlägen gegeben. Ich halte diese Thematik, die Herr Horten vorgebracht hat, für so bemerkenswert, daß man dazu auch hier im Bundesvorstand Stellung nehmen sollte.

Herr Bundeskanzler, es ist Voraussetzung hierbei, daß wir uns darüber klar sind, was wir wollen, und daß man diese Klarheit dann auch draußen in den Provinzen – verzeihen Sie diesen harten Ausdruck – verbreitet. (*Amrehn: Zum Beispiel in Bonn! – Heiterkeit.*) Das können wir mit dem machen, was wir hier über die Deutschlandpolitik und Ostpolitik erarbeitet haben. Das kann geschehen in guten Presse-Gesprächen. (*Kiesinger: Das tut sogar Herr Wehner für mich!*)

Das müssen aber Pressekonferenzen sein, zu denen nicht nur die Großkopfeten kommen, sondern dazu muß das breite Pressevolk eingeladen werden. Das muß kolportiert werden mit den besten Spezialisten, die wir auf den Gebieten der Deutschlandpolitik und der Außenpolitik haben. Und das kann dazu führen, daß die Leute draußen Verständnis bekommen für Ihre Politik, Herr Bundeskanzler.

Die SPD hat genaue Rednerinformationsdienste. Die Redner ziehen z. B. einen Zettel aus der Tasche, und dann wissen sie genau, jetzt kommt das Argument Nummer 17 b, dann kommt vielleicht Nummer 22 a usw. Genau das müssen wir ebenfalls haben. Wir brauchen einen vernünftigen Informationsdienst, der laufend mit Deckblättern ergänzt wird, wenn neue Entwicklungen kommen.⁷⁰ Freund Schmücker hat die Parteiarbeit angesprochen. Ich möchte vorsorglich eine Wortmeldung kundtun zu einem späteren Tagesordnungspunkt: Parteiarbeit. Ich habe mich jetzt nur zur gesamtdeutschen Politik geäußert.

69 Nicht zu ermitteln.

70 Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Rednerdienst. Bonn 1952–1972 (Erscheinen eingestellt).

Kiesinger: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir sollten noch über die Parteiarbeit sprechen, weil auch ich das für notwendig halte. Nun möchte ich das unterstützen, was Herr von Hassel ausgeführt hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Gremien in der Parteiführung und in der Fraktion, die sich mit der Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers beschäftigen, weitgehend Übereinstimmung erzielt haben, so daß es eigentlich an der Zeit wäre, wenn wir das möglichst deutlich an die Landesverbände und die verschiedenen Gremien geschlossen heranbrächten. Ich glaube allerdings nicht, das will ich ausdrücklich sagen, daß das auf die ganze Partei ohne weiteres übertragen werden kann, sondern da muß erst diese Aktion durchgeführt werden.

Wenn in der jungen Generation und auch in der Jungen Union über Anerkennung gesprochen wird, dann wird sie nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zwei-Staaten-Theorie gesehen, sondern auch von der Befürchtung her, das die Anerkennungspolitik zu einem Ergebnis führen wird, daß man zusammenfassen kann mit den Worten: sozialistisches Gesamtdeutschland. Es wird weiter gesagt, weil dies sowieso der Entwicklungsprozeß sei, wäre es doch besser, die Anerkennung jetzt zu machen, um somit klare Fronten zu schaffen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß, welcher Denkfehler in diesen Überlegungen liegt. (*Kiesinger:* Das ist das, was ich meinte, als ich sagte, es sind ganz verschiedene Motive.)

Ich wollte es nur einmal gesagt haben. Die sozialdemokratische Parteiführung wird immer vor dem Problem stehen, den linken Flügel angebunden halten zu müssen. Das kann sie eigentlich nur über das Bild vom sozialistischen Gesamtdeutschland. Ich weiß nicht, wie man anders dem linken Flügel klarmachen will, daß er an dieser Politik partizipieren soll. Ich meine also Leute wie Dröscher⁷¹ usw. Diesen Druck spürt auch Herr Wehner, der sich im gesamtdeutschen Ausschuß klar als Interpret Ihrer Politik erwiesen hat. Er erfuhr eigentlich Zustimmung nur von den CDU-Ministern. Die Sozialdemokraten haben geschwiegen.

Wenn wir von der Situation ausgehen, die bei der SPD besteht, dann können wir nicht anders verfahren, als daß wir bei der Interpretation Ihrer Politik der SPD gegenüber nur unsere Akzente setzen können. Der Bundeskanzler erwartet von uns auch, daß wir ihn in dieser Weise entlasten. (*Unruhe und Bewegung.*) Es mag ihm auch manchmal so gehen, daß er nicht alles so genau im Detail weiß, was wir da sagen werden oder tun. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich will keiner Illoyalität in der Fraktion das Wort reden, sondern mich nur bemühen, unsere Interpretation der Regierungspolitik vorzutragen. (*Kiesinger:* Es soll darauf hinauslaufen: Das ist die Interpretation des Kanzlers, der wir zustimmen. – Dazu muß man die Gelegenheit wahrnehmen.)

Nun muß ich aber sagen, Herr Bundeskanzler, so leicht wird uns das nicht fallen. Ich will es an einem Beispiel erläutern. Ich mußte vor ein paar Tagen bei der Sendung „Mo-

71 Wilhelm Dröscher (1920–1977), Kaufmann; 1946 KPD, 1949 SPD, 1955–1957 MdL Rheinland-Pfalz, 1957–1971 MdB.

nitor“ ein paar Fragen beantworten.⁷² Der Kern des Interviews war folgende Frage: Wie steht die Junge Union zur Deutschland- und Ostpolitik? – Ich habe gesagt: Wir stehen alle voll und ganz hinter dem Bundeskanzler. Der Bundeskanzler wird manchmal etwas fehlerhaft interpretiert von der Publizistik. (*Zuruf*: Etwas – ist gut!)

Wir wollen gar nicht, daß Kiesinger und Wehner auseinandermanövriert werden. Sie wollen auch beide das gleiche. Es gibt aber gewisse Kreise in der Umgebung des Außenministers, von denen wir meinen, daß man mit Besorgnis ihrer Interpretation folgen muß. – Darauf fragte mich der Betreffende: Meinen Sie Herrn Bahr? – Ich sagte: Ja. Das war der Kern des Interviews. Das alles ist aber nachher von der Chefredaktion weggeschnitten worden, so daß nur noch ein paar Rankenfragen übrigblieben. Ich wollte also sagen, es ist manchmal sehr schwer, das Interpretieren an den Mann zu bringen.

Kiesinger: Herr Ernst Lemmer!

Lemmer: Seit acht Tagen gibt es in der kommunistischen Publizistik eine ganz neue Terminologie der CDU gegenüber. Und ich weiß nicht, ob das hier zum Ausdruck gekommen ist. Seit acht Tagen wird von den zwei Strömungen in der CDU gesprochen, so wie man es seit Jahren gegenüber der SPD formuliert hat. Man spricht von den Ultras, zu denen der Bundeskanzler gehört, und von den Vernünftigen, die allmählich erst begannen, Fuß zu fassen. Wen man damit meint, weiß ich nicht. (*Unruhe*.) Ich möchte diesen ganz neuen Tatbestand eines solchen Versuches, die CDU nicht mehr als eine Einheit anzusehen, hier kurz vorbringen. Ich will beginnen mit einer Darstellung in knappen Sätzen von dem, was sich am Freitag abgespielt hat bei der Rathenau-Feier in der Freien Universität⁷³, weil es mehr darstellt, als Herr Horten in acht Tagen Aufenthalt erfassen kann, um was es in Berlin geht.

Auf dieser Feier sprach Brandt, der dauernd so stark unterbrochen wurde, daß er nicht mehr zu verstehen war, und zwar durch Klopfen an den Scheiben von draußen, so daß Herr Brandt sich zu der Bemerkung hinreißen ließ: Wenn man nicht fertig wird damit, dann muß ich vom Rednerpult runter und rausgehen und den Versuch machen, die Ordnung wiederherzustellen. (*Amrehn*: Es fehlt noch der Zwischenruf: Da werden Sie Ihre Bengel antreffen! – *Zuruf*: Einen der Bengel! – *Unruhe*.) Ja, das war der Zwischenruf.

Meine Damen und Herren! Diese Versammlung hatte ein sehr peinliches Ende, als nämlich von der Polizei die Prominenz gebeten wurde, nicht durch den Hauptaussgang hinauszugehen, sondern durch einen Nebenausgang unauffällig zu verschwinden – was auch geschah! (*Unruhe und Bewegung*.) Jedenfalls ging ich durch den Hauptaussgang,

⁷² Die „Monitor“-Sendung vom 6. Oktober 1967 (Autor: Klaus Bresser) befaßte sich mit der Jungen Union. – Vgl. auch Klepsch vor dem CDU-KV Koblenz, wo er die Übereinstimmung von Kiesinger und Brandt in den Zielen der Deutschland- und Ostpolitik betonte, die „keineswegs eine Ostpolitik der SPD [sei], so wie Außenminister Brandts Sonderbotschafter Egon Bahr sie interpretiere“ („Rhein-Zeitung“ vom 6. Oktober 1967).

⁷³ Vgl. Anm. 16. – Vgl. auch „Berliner Morgenpost“ vom 7. Oktober 1967. – Walther Rathenau (1867–1922, ermordet), Industrieller und Politiker; 1893–1899 Leiter der Elektro-Chemischen Werke, 1915 Präsident der AEG, 1922 Reichsaußenminister.

zog dabei die Schmähungen von Hunderten auf mich und bin – was nicht in der Zeitung stand – körperlich angegriffen worden. Ich habe mit einem Kinnhaken zurückgeschlagen. (*Lebhafter Beifall und Heiterkeit.*)

Gestern war die Polizei bei mir – am Sonntag nachmittag – in meiner Wohnung, um mich zu bitten, Strafantrag zu stellen. Der Täter sei seit langem bekannt, er komme aus Hannover, habe aber einen Berliner Personalausweis, gehe trotzdem in der chinesischen Botschaft aus und ein, und die sowjetzonalen Grenzorgane ließen ihn mit diesem Berliner Ausweis durch. Der Name ist bekannt.

Das Zusammenspiel zwischen Rotchinesen und anderen Kommunisten sollte nicht so harmlos gesehen werden, wie es so in der allgemeinen weltpolitischen Betrachtung zur Zeit Mode geworden ist; denn das ist meines Erachtens eine sehr bedenkliche Erscheinung.

Die Politik, Herr Bundeskanzler, die Sie in der Berlin- und Deutschlandfrage vertreten, leidet nur unter einem, woran Sie unschuldig sind, an der bewußt falschen Interpretation durch einen Teil der SPD. Das ist nämlich der wunde Punkt. Das zeigte sich in Kassel auf der mitteldeutschen Tagung durch den sogenannten Parlamentarischen Staatssekretär Jahn⁷⁴ aus Marburg, der bemerkte: Seitdem wir in der Regierung sind, ist die Deutschlandpolitik endlich aktiviert. – Er gebrauchte dann ein Bild aus dem Sport und sagte: Beim Fußballspiel kann man nicht auf der Mittellinie stehenbleiben, wenn man siegen will, sondern man muß in die gegnerische Spielhälfte eindringen, um Tore schießen zu können. – Das habe man bisher nicht getan. Man sei an der Mittellinie stehengeblieben vor dem Eintritt der SPD in die Regierung. Zufällig bin ich auch alter Fußballer und konnte ihm unter dem Jubel eines großen Teiles der Zuhörer sagen: Herr Jahn, zum Fußballspiel gehört zunächst einmal die Sicherung des Tores, damit der Gegner keine Tore schießen kann. Das war die Politik, bevor die SPD eingetreten ist. Jetzt haben wir diese Sicherung, und nun kann vielleicht eine andere Politik versucht werden.

Ich will damit nur sagen, die SPD gibt die falschen Töne, und infolgedessen gerät unsere Deutschlandpolitik nicht in die Beleuchtung, die sie meiner Ansicht verdient.

Zu Berlin noch eine Bemerkung! Ich bin denen dankbar, die hier gesprochen haben, weil sie mit mir fühlen, daß Berlin der neuralgische Punkt der Deutschlandpolitik ist und noch darüber hinaus. Wir haben auf den letzten Brief unseres Kanzlers in der kommunistischen Propaganda seit langer Zeit erstmalig wieder massive Drohungen zur Kenntnis nehmen müssen, welche Folgen sich für Berlin daraus ergeben würden. Ich ahne die konkreten Folgen seit heute, weil Herr Ulbricht in seiner Rede vom Sonnabend von der Notwendigkeit sprach, über Verkehrsregelungen müsse nun gesprochen

74 Vgl. dpa vom 29. September 1967 „Staatssekretär Jahn: ‚Freigewählte Zonenregierung anerkennen‘“. – Gerhard Jahn (1927–1998), Rechtsanwalt und Notar; 1950–1954 Sekretär des SPD-Unterbezirks Marburg-Frankenberg, 1956–1978 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Marburg, 1957–1990 MdB, 1961–1963, 1965–1967 und 1974–1990 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1969–1974 Bundesminister der Justiz. Vgl. KEMPF/MERZ S. 332–335.

werden, der also ohne seine übliche Bedingung, erst den Vertragsentwurf anzuerkennen, zunächst die Verkehrsregelung vorziehen will, um das durchzuführen, was wir seit langem befürchten, daß nämlich die kommunistische Aktivität in absehbarer Zeit – nicht in unabsehbarer Zeit – Berlin gegenüber neue Formen annehmen wird, die zu einer bedenklichen Gefährdung West-Berlins führen können.⁷⁵

Hier rechtzeitig in diesem Bundesvorstand darauf aufmerksam gemacht zu haben, halte ich für meine Pflicht. Die Malaise wird aber nicht nur durch die schizophrene SPD dargestellt. Die Brandt-Rede war übrigens völlig schizophren: zunächst großartige Formulierungen, die einen begeistern, und dann auf einmal Zwischentöne und Zwischensätze, die überhaupt nicht da hineinpaßten, die ihm aber nichts nützen, weil die Resonanz seiner Rede in der Ost-Berliner Publizistik gestern so eindeutig negativ gewesen ist. Er hatte den Satz ausgesprochen: Von der Bundesrepublik her wird es kein neues Rapallo geben.⁷⁶ – Rapallo spielt natürlich bei einer Würdigung Rathenaus eine gewisse Rolle.

Aber die andere Malaise kommt von den Alliierten. Das muß ich hier einmal aussprechen. Die Alliierten sind unterschiedlich zu beurteilen. Ich möchte nicht deutlicher werden. Jedenfalls werden von den Alliierten vornehmlich und nachweisbar diejenigen ermutigt, die diese Unklarheit in die gesamtdeutsche Politik hineinbringen möchten. Auch was die Behandlung Berlins betrifft, mache ich mir deshalb große Sorgen, weil ein immerhin bemerkenswerter Mann der Alliierten sich mir gegenüber erstaunlich offen ausgesprochen hat über seine Sorgen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Berlin.

Ich möchte allgemein noch sagen, Herr Bundeskanzler, trotz Ihrer Initiative, die unsere volle Zustimmung gefunden hat – auf der mitteldeutschen Tagung ist Ihr Brief einstimmig gebilligt worden nach einer äußerst fairen Rede von Wehner, was ich auch in diesem Zusammenhang feststellen muß –, sind wir, weil wir in der Demokratie leben, im Nachteil. Die Demokratie ist schwach, solange es ihr nicht an die Gurgel geht. Drüben bleibt alles systematisch, logisch, diszipliniert, zielbewußt, bei uns gibt es Abwehrreaktionen, ein trübes Chaos der öffentlichen Meinung. Die sowjetischen Beobachter müssen ja durch den Anblick unserer sogenannten öffentlichen Meinung ermutigt werden, bald ihre große Initiative zu beginnen, weil sich unser Volk und insbesondere Berlin selbst in einem solchen erbarmungswürdigen Zustand – und damit die ganze westliche Welt – befindet.

Der Kalte Krieg, von dem die östliche Propaganda spricht, wird völlig einseitig offensiv vom Osten gegen den Westen geführt. Nur unsere Publizisten haben es z. T. nicht

75 Rede Ulbrichts anlässlich eines Empfangs zum 18. Jahrestag der DDR, vgl. „Neues Deutschland“ vom 8. Oktober 1967.

76 Vgl. Anm. 16. – Im italienischen Seebad Rapallo wurde am 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR ein Vertrag abgeschlossen, der als Muster einer anti-westlichen deutsch-sowjetischen Allianz interpretiert wurde, vgl. Hermann GRAML: Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970) S. 366–391.

begriffen, indem sie immer noch von den kalten Kriegern bei uns sprechen. Man soll mir mal einen zeigen, der noch kalter Krieger ist.

Selbst ich verliere allmählich die Courage. Ich staune über meinen Mut zu dem Kinnhaken am Freitag abend. (*Heiterkeit und Bewegung*. – *Gerstenmaier*: Das war eine spontane Reaktion, keine politische! – *Heiterkeit*.) Das war keine politische. Ich habe nun den Mann auf Wunsch der Polizei verklagt; er ist Hannoveraner, ein anderer ist aus Baden-Württemberg. Unter allen, die ich angetroffen habe, war nicht ein Berliner Student. Einer kommt aus Essen, einer aus Stuttgart. Wer holt die heran? Wie sind die ausgesucht? Wer bezahlt die? Auch diese Fragen müssen geklärt werden.

Die deutsche politische Polizei vermutet, die chinesische Botschaft mit Wissen der Russen, mit Wissen der sowjetzonalen Organe.

Nun möchte ich vorschlagen, unseren Freund Amrehn zu Herrn Horten als Korreferenten in Erscheinung treten zu lassen.

Überlieferung bricht hier ab.